

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 199 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 8/2011 VOM 16. AUGUST 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Spendenskandal-Bericht
erst im Frühjahr 2012**
Gatzlaff uneinsichtig

5 | **»Laßt uns beginnen
zu handeln!«**
LINKE.Barnim vor Strukturreform

14 | **Im August
blüh'n die Rosen**
Vor 60 Jahren: III. Weltfestspiele

Ein Gemeinschaftsgarten in Eberswalde!?



Stadt-Brachland in Bürgerhand

Eberswalde (bbp). Im Rahmen ihrer Masterarbeit wird Kati Partzsch, Studentin an der Eberswalder Hochschule für Nachhaltige Entwicklung (HNEE) in den nächsten Wochen die Potentiale zur Etablierung eines Gemeinschaftsgartens im Brandenburgischen Viertel untersuchen. Im Dialog mit den Einwohnern will die Studentin des Fachs »Global Change Management«, was soviel heißt wie »Planung, Leitung und Organisation globaler Veränderungen«, Meinungen und Möglichkeiten zur Umsetzung eines solchen Projektes erörtern.

»Die Haltung der Anwohnerinnen und Anwohner spielt eine ganz wesentliche Rolle«, sagt Kati Partzsch, »da ein auf Kooperation der Gemeinschaft beruhendes Projekt nur dann langfristig Bestand haben kann, wenn es in erster Linie von der lokalen Gemeinschaft getragen wird«. Im Sinne der Langfristigkeit des potentiellen Projektes sei als ein weiterer Schritt geplant, soziale Unternehmen in Eberswalde in den Dialog zu integrieren. Es soll erörtert werden inwieweit ein Netzwerk sozialer Unternehmen gegründet werden kann, das ein Gemeinschaftsgartenprojekt mit Kompetenzen sowie finanziellen Mitteln unterstützen könnte.

Das Vorhaben ist angelehnt an die Aktivitäten der kürzlich in Eberswalde gegründeten »Transition Town«-Initiative (»Stadt im Wandel«). Diese Gruppe – bestehend u.a. aus Studierenden der HNE Eberswalde sowie BürgerInnen der Stadt – hat sich zum Ziel gesetzt zu einer nachhaltigen Entwicklung von Eberswalde beizutragen. Entsprechende Projektideen sollen unter Einbezug der lokalen Bevölkerung und lokaler Institutionen in die Realität umgesetzt werden. Eine dieser Ideen ist ein Gemeinschaftsgarten.

Als Vorbild sieht die Studentin den Prinzessinnengarten in Berlin (<http://prinzessinnengarten.net>), der seit Juli 2009 auf einer 6.000 Quadratmeter großen Brachfläche am Moritzplatz in Berlin-Kreuzberg entstand. Innerhalb von zwei Jahren verwandelte sich die Fläche in eine ökologische und soziale urbane Landwirtschaft. Der Prinzessinnengarten produziert nicht nur lokal Lebensmittel, er schafft auch einen Ort

neuen urbanen Lebens, an dem die Akteure gemeinsam mit Nachbarn, Interessierten und Freunden arbeiten, lernen und sich entspannen.

Doch zunächst gilt es, die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu wecken, sich an so einem Gemeinschaftsgarten zu beteiligen. Inzwischen hat Kati Partzsch schon eine Vielzahl von Kontakten geknüpft. Am 1. August stellte sie ihr Projekt im Sprecherrat »Soziale Stadt«. Vielfältige Unterstützung erhält sie vom Ortsvorsteher Carsten Zinn und von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung.

Auch eine geeignete Fläche kann die Stadtverwaltung zur Verfügung stellen. Seit mehreren Jahren harrt die Fläche der einstigen Albert-Einstein-Oberschule einer neuen Nutzung. Die bisherigen Vorstellungen zur Gestaltung dieser Freifläche konnten nicht umgesetzt werden. Das Areal hat zudem den Vorteil, daß es bereits umzäunt ist und in enger Zusammenarbeit mit der Grundschule »Zum Schwärzese« bewirtschaftet werden könnte. Gemeinsam mit dem Landschaftsplaner Andreas Timm hat Kati Partzsch auch schon eine Planung erstellt, wie der Gemeinschaftsgarten aussehen könnte.



Die Preußen kommen

»Ich wollte, es wäre Nacht oder die Preußen kämen«, wünschte einst bei Waterloo der von Napoleon bedrängte Wellington. 130 Jahre und zwei Weltkriege später wurde Preußen als Heimstatt des Militarismus aufgelöst.

Als der Fußballverein Motor Eberswale, vom gleichnamigen Sportverein längst getrennt, in finanzielle Schieflage geriet, waren sich die öffentlich-rechtlichen Hauptsponsoren schnell einig, nur eine Fusion helfe aus dem Schlamassel. Die Bernauer Fußballer winkten ab. Eine andere Lösung mußte her. Sie fand sich im Dorffußballverein von Marienwerder. Für den Eberswalder Fußball eine Zukunftschance.

Der Name des neuen Vereins »FV Preußen« hingegen klingt eher nach einem Rückfall in längst vergangene Zeiten.

Brandenburgs Kurfürst Friedrich III. – im Wettbewerb stehend mit August dem Starken von Sachsen, der nebenbei polnischer König war – wollte unbedingt ebenfalls König sein. Für viel Geld erkaufte er sich vor 311 Jahren das Recht auf den Titel »König in Preußen«, benannt nach einer brandenburgischen Provinz außerhalb der Grenzen des »Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation« – weil ja auch der sächsische Kurfürst nur außerhalb des »Reichs« König war. Diese Details verloren bald an Bedeutung. Als der zweite »König in Preußen« namens Friedrich regierte – jener, der später den Beinamen »der Große« verpaßt bekam – waren die Verhältnisse umgekehrt und Brandenburg Provinz in Preußen. Die preußischen Junker und der preußische Militarismus wurden zum Begriff. Als die Nachfahren der Friedriche zu deutschen Kaisern aufstiegen, war dies ihr wichtigstes Erbe, das sie in den mit »Blut und Eisen« erschaffenen Einheitsstaat einbrachten. Ein Erbe, das zur besonderen Aggressivität der imperialistisch gewordenen Zweiten und Dritten Reiche beitrug.

Die Provinz, in der sich Kurfürst Friedrich König nennen durfte, gehört seit dem letzten Weltkrieg nicht mehr zu Deutschland. Das einst zur Provinz in Preußen degradierte Brandenburg ist heute wieder ein selbständiges Land innerhalb der deutschen Föderation.

Wieso benennen Eberswalder Fußballer zwanzig Jahre nach der Neugründung des Landes Brandenburg ihren Verein nach einer Landschaft, die 500 Kilometer östlich der heutigen Grenzen auf polnischem und russischem Territorium liegt? Was denken sich die Sportler, die Vereinsfunktionäre sowie die politischen und wirtschaftlichen Lobbyisten dabei?

Denken sie, »Preußen« ist wieder in? Der Kranbau heißt nach den Kriegsverbrechern und Faschisten Ardelt, das Konterfei eines Heimathistorikers mit NSdAP-Parteiabzeichen prangt auf einer Medaille des Heimatvereins – da darf man wohl auch das wegen seines Militarismus aufgelöste Preußen wiedererstehen lassen. Wo doch Fußball so unpolitisch ist...

GERD MARKMANN

Transparenz in Kommunalunternehmen

Ergebnisse der namentlichen Abstimmung

Eberswalde (bbp). Wie berichtet, scheiterte im Juni einmal mehr der Versuch der Fraktion der Fraktionslosen, durch eine Einschränkung der Geheimhaltungspflichten bei Entscheidungen der städtischen Gesellschaften die Transparenz in den kommunalen Unternehmen der Stadt Eberswalde zu verbessern (BBP 7/2011). Im Namen der Fraktion Grüne/Bündnis 90 hatte Dr. Andreas Steiner eine namentliche Abstimmung verlangt. Inzwischen liegen die detaillierten Ergebnisse vor.

Alle 36 Stadtverordneten sowie der Bürgermeister nahmen an der Abstimmung teil. Mit 26 Nein-Stimmen, bei 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, wurde die beantragte Einschränkung der Geheimhaltungspflicht mehrheitlich abgelehnt. Einhellig gegen die Vorlage stimmten die Fraktionen der Linken (Sabine Büschel, Torsten Duckert, Volker Passoke, Hans Pieper, Dr. Ilona Pischel, Wolfgang Sachse und Fred Sponner) und der CDU (Hans-Joachim Blumenkamp, Christoph Eydam, Uwe Grohs und Monique Schostan) aus. »Nein« zu mehr Transparenz sagten auch die beiden fraktionslosen Abgeordneten Jürgen Kumm und Andreas Wutskowsky sowie Bürgermeister Friedhelm Boginski. Mehrheitlich ablehnend

votierten die Fraktionen von FDP/BFB (Ronny Hartmann, Götz Herrmann, Martin Hoeck, Conrad Morgenroth, Ingo Naumann, Ingo Postler und Götz Trieloff) und SPD (Dr. Christel Brauns, Arnold Kuchenbecker, Angelika Röder, Eckhard Schubert und Ringo Wrase). In beiden Fraktionen gab es mit Frank Banaskiewicz und Hardy Lux jeweils einen »Abweichler«, der sich der Stimme enthielt.

Mit »Ja« stimmten neben Albrecht Triller, Günter Schumacher (beide Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) und Dr. Günther Spangenberg (Freie Wähler), die zusammen die Fraktion der Fraktionslosen bilden, sowie den drei Stadtverordneten der Bündnisgrünen (Nicky Nerbe, Karen Oehler und Dr. Andreas Spangenberg) auch die beiden fraktionslosen Abgeordneten Dr. Hans Mai (parteilos) und Carsten Zinn (DIE LINKE).

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

Breivik & Broder

Daß die norwegische Regierung vorhat(te) ihre Beteiligung am Überfall auf Libyen zu beenden und ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen, sich seit längerer Zeit nicht mehr an der Blockade Kubas beteiligt und den Staat Palästina anerkennen will – all das wird in den deutschen Mainstreammedien weitgehend verschwiegen.

Gebrüder Breivik & Broder vielleicht nur Bauernopfer?

den einen werden sie hinter Gitter bringen
dem anderen kurz den Saft abstellen
sich die rechte Hand in Unschuld
waschen und mit der linken
weiter Bomben werfen
Kinder umbringen
in Afghanistan,
in Palästina,
in Libyen,
sich den
Jemen
nehmen,
Süd-Sudan
dann Syrien
die Cote d'Ivoire
und danach Iran
in Asien und Afrika
Polynesien, Lateinamerika
die Völker wie Regenwälder fällen
die Weiden, Äcker, das Wasser vergiften
und täglich unendlich mehr Menschen ermorden
als Anders Behring Breivik mit Broder im Kopf an einem Tag.

Die deutschen Medien verschweigen, daß Anders Behring Breivik wie Henryk M. Broder die Verbrechen Israels an den Palästinensern unterstützt und das eines der Hauptmotive für die Bombanschläge in Oslo und den Massenmord auf der Insel Utroya war.

Die deutsche presse verschweigt auch das politische Vermächtnis der Jugendorganisation der norwegischen Sozialdemokraten: Die Opfer auf Utroya, die Jugend der Regierungspartei Norwegens, wollten eine Israelboykottkampagne starten!

HaBE (www.barth-engelbart.de)

Gatzlaff uneinsichtig

Der Spendenskandal um den Verkauf der Stadtwerke hat zwar mit der Verurteilung des Ex-Bürgermeisters Schulz am 2. Mai 2011 einen juristischen Abschluß gefunden. Trotzdem sind noch viele Fragen offen, die Gegenstand der Diskussion und Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung sein müssen.

Dazu hatte die Fraktion Die Fraktionslosen in der Juni-Sitzung eine Vorlage eingebracht, wonach in der Septembersitzung ein Abschlußbericht der Verwaltung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden sollte. Die Vorlage wurde aber mehrheitlich abgelehnt. Der Zeitraum sei zu kurz, so das Hauptargument. Als wäre in den fünf Jahren seit Aufdeckung des Spendenskandals nicht genügend Zeit gewesen, den Spendenskandal vollständig aufzuklären. Bürgermeister Boginski verdankt zwar sein Amt maßgeblich der Aufdeckung des Spendenskandals und versprochen hat er im Wahlkampf auch, diesen kurzfristig und rückhaltlos aufzuklären, dennoch stimmte er dagegen, daß der Abschlußbericht »schon« am 29.09.2011 vorgelegt wird.

Die offensichtliche Verzögerungstaktik war für mich Veranlassung, eine Akteneinsicht zu beantragen und mich selbst sachkundig zu machen. »Aus gegebenem Anlaß«, schrieb ich in meinem Antrag am 25. Juli, »bitte ich, mir eine Akteneinsicht zu ermöglichen. Als Termin für die Akteneinsicht habe ich Mittwoch, den 3. August 2011 um 9 Uhr geplant«. Aber daraus wurde nichts. In der Antwort des stellvertretenden Stellvertreters des Bürgermeisters, Herrn Gatzlaff, heißt es: »...angesichts des ohnehin knappen Personalbestandes gerade in der Urlaubszeit...« ist es nicht möglich »...ein so umfangreiches Akteneinsichtsverlangen in der Kürze der von Ihnen vorgeschlagenen Zeit zu bedienen. Dies wäre nur unter Verlust der Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung möglich. Eine solche Verantwortung will ich nicht übernehmen.« Aber auch für einen späteren Termin einer Akteneinsicht brauche es erstmal eine Begründung für die gewünschte Akteneinsicht. Mit dem »gegebenen Anlaß« konnte Herr Gatzlaff nichts anfangen. Aber auch nachdem ich die Akteneinsicht beson-

ders begründet hatte, wurde mir kein Termin genannt. Nun teilt Herr Gatzlaff unter anderem mit: »Eine **vorrangige** Dringlichkeit Ihres Akteneinsichtsverlangens habe ich weder Ihrem Verlangen entnehmen noch anderweitig erkennen können. Selbstverständlich sollen Sie sich durch Akteneinsicht selbst ein Bild machen können, bevor die Stadtverwaltung einen Abschlußbericht in der Sache Schulz vorlegt. Herr Stadtrechtsdirektor Müller hat vor seinem Urlaub Einsicht in die Gerichtsakten in der Angelegenheit genommen. Er wird diese nach seinem Urlaub auswerten und hinsichtlich aller in Fragen kommenden Maßnahmen (Schadenersatz, weitere Disziplinarmaßnahmen, Zusammenfassung der Ergebnisse etc.) prüfen. Allein der sich ergebende Prüfungsumfang läßt nicht erwarten, daß die Stadtverwaltung einen Abschlußbericht vor Ende des Jahres vorlegen kann. Ich rechne sogar eher mit Frühjahr 2012, wenn man dem anzulegenden Sorgfaltsmaßstab Rechnung tragen will. Es bleibt daher noch ausreichend Zeit für Ihre Akteneinsicht.«

Herr Gatzlaff würde mir allzu gern noch mehr Zeit lassen für eine Akteneinsicht und er würde den Abschlußbericht mit äußerster Akribie erarbeiten, wenn man ihm mit den weiter abnehmenden Personalen dazu noch mehr Zeit gäbe. Wunschtermin: am besten nach Ablauf der Legislaturperiode.

Statt der gewünschten Akteneinsicht habe ich erst einmal die Einsicht bekommen, daß die Verwaltung einen Horror vor Transparenz hat (siehe auch Ablehnung der Transparenz in kommunalen Unternehmen). Aber ohne Transparenz auch keine Bürgerbeteiligung. Im vorliegenden Fall behindert die Verwaltung, daß Abgeordnete ihr Recht zur Kontrolle der Verwaltung gemäß § 29 der Kommunalverfassung wahrnehmen können.

ALBRECHT TRILLER

Stadtreinigung und Ein-Euro-Jobber

Eberswalde (bbp). »Jobcenter muß Gürtel enger schmallen«, titelte im Juni die lokale Tageszeitung. Darauf bezugnehmend fragte der Stadtverordnete der Linken Volker Passoke im Finanzausschuß nach den Auswirkungen für die Stadt Eberswalde. Die Reinigung des Treidelweges und vieles mehr werde bisher von den geringfügig Beschäftigten durchgeführt, womit Passoke offensichtlich sog. Ein-Euro-Jobber meinte. »Bei einem weiteren Ausbau des Finowkanals zur Stadtseite als Stadtpromenade muß klar sein, daß diese auch sauber gehalten werden muß. Bei weiteren Kürzungen durch das Jobcenter werden dafür aber keine geringfügig Beschäftigten zur Verfügung stehen.« Passoke hätte daher gerne eine Aufstellung der zu erwartenden Kosten für

die Reinhaltung der Stadtpromenade am Finowkanal. Die Leiterin des Bauhofs Katrin Heidenfelder wies darauf hin, daß vor Fertigstellung solch einer Aufstellung zunächst Festlegungen getroffen werden müssen, welchen Pflegestandard die Promenade erhalten soll. »Wir müssen wissen, wie oft und was gereinigt werden soll und auch, welchen Belag die Promenade erhält«, so Heidenfelder. Über letzteres befand am 28. Juni der Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt. Verwaltungsdezernent Belay Gatzlaff wies darauf hin, daß die Flächen der künftigen Promenade auch jetzt schon je nach Pflegestandard gereinigt werden. Für die geforderte Kostenaufstellung seien die Stundensätze neu zu kalkulieren.

Einwohnerversammlungen

Eberswalde (prest-ew). Nach den Einwohnerversammlungen in Finow, für das Leibnizviertel und Nordend sowie in Spechthausen und Tornow, sind noch folgende Termine geplant:

23. August: Ortsteil Eberswalde 1, Haus Schwärzetal, Ortsvorsteherin Karen Oehler.

6. Oktober: Ortsteil Sommerfelde, Dienstgebäude Freiwillige Feuerwehr, An der Rüter 2, Ortsvorsteher Werner Jorde.

24. Oktober: Ortsteil Eberswalde 2, Wohngebiete Westend/Kupferhammer, Karl-Sellheim-Schule, Aula Grundschule, Drehnitzstraße 51, Ortsvorsteher Hans Pieper.

25. Oktober: Ortsteil Brandenburgisches Viertel, Bürgerzentrum, Schorfheide Straße 13, Ortsvorsteher Carsten Zinn.

KMU-Förderung geht weiter

500.000 Euro für Unternehmen

Eberswalde (prest-ew). Bürgermeister Friedhelm Boginski überreichte kürzlich an weitere Unternehmen Fördermittel für KMU, die von der EU bereitgestellt werden und die die Stadt Eberswalde kofinanziert. »Ich bin sehr froh darüber, daß wir diese Möglichkeiten haben«, sagt Boginski. »Eberswalde gehört zu den Städten, die den höchsten Mittelabruf zu verzeichnen haben.«

So nahmen Maik Marschke und Sven Renert gemeinsam mit Antje Trieloff für ihre RM Beteiligungs- und Geschäftsbesorgungsgesellschaft mbH, mit Sitz in der Bollwerkstraße 11, einen Fördermittelbescheid entgegen. Sie bieten u.a. Büro-Dienstleistungen für Existenzgründer an. Das junge Unternehmen existiert seit 1. November 2010 und wird mit dem Geld Renovierungsarbeiten erledigen sowie in die Betriebsausstattung investieren.

Sascha Petrik von der Eberswalder Nutzfahrzeug Service GmbH konnte sich nunmehr über eine KMU-Förderung freuen. Sein Unternehmen, in Nachfolge des VEB Verkehrsbetriebe Eberswalde an der Neuen Straße 100 seit 1991 ansässig, ist dabei, Räumlichkeiten und Technik zu modernisieren. Auch hier kann das Geld gut verwendet werden.

Anläßlich der einjährigen Geschäftsübernahme der Boutique in der Steinstraße, erhält Inhaberin Monique Schostan am 15. August 2011, 13 Uhr ebenfalls einen Bescheid zur KMU-Förderung aus den Händen des Bürgermeisters.

Das städtische Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus hat in den letzten zwei Jahren ca. 150 Beratungen zu KMU getätigt. Ca. 45 Anträge konnten umgesetzt werden bzw. sind noch in der Bearbeitung. Sie entsprechen einem Fördermittelvolumen von 500.000 Euro – Mittel der EU, kofinanziert durch die Stadt. Die Investitionen der KMU-geförderten Unternehmen insgesamt belaufen sich auf ca. 1,5 Mio. Euro.

Keine Themenmärkte mehr

Eberswalde (bbp). Künftig wird es in Eberswalde keine Themenmärkte mehr geben. Diese seien »nicht so gut angekommen«, sagte Ordnungs- und Bürgeramtsleiter Uwe Birk im Ausschuß Kultur, Sport und Soziale Integration. Daher seien Politik und Verwaltung zu dem Schluß gekommen, sich von den Themenmärkten zu verabschieden. Die auf spezielle Themen ausgerichteten Märkte hatten das Ziel, die Angebotspalette der normalen Markttag zu erweitern und durch besondere Events mehr Kunden auf den Marktplatz zu locken. Monique Schostan (CDU) wollte wissen, ob die Themenmärkte nie wieder zur Diskussion stehen würden. Sie machte darauf aufmerksam, daß die Themenmärkte im Zusammenhang mit dem Mitternachtssopping sehr gut von den Kunden angenommen worden seien. Daraufhin relativierte Birk seine Aussage. Man könne auch sagen, »die Stadt hat eine Auszeit genommen. Aufgrund der Innenstadtentwicklung kann man in der Politik darüber nachdenken, Themenmärkte mit dem Schwerpunkt auf kulturellem Gebiet, mit dazu passenden Händlern und einem obligatorischen Imbiß wieder zu etablieren.« Mit einem privaten Marktbetreiber, der sich über die Standgelder selbst finanziert, seien Themenmärkte jederzeit vorstellbar. Udo Muszynski, Sachkundiger Einwohner, erinnerte daran, daß es mal eine Initiative »Frischemarkt« an den Samstagen gab. Für Themenmärkte müsse man auch Anbieter finden, meinte er.

Berufsfeuerwehr bleibt

Eberswalde (bbp). Die Empfehlung der Stadtverwaltung Eberswalde, im Rahmen der »Aufgabenkritik« die Berufsfeuerwehr abzuschaffen, wurde zurückgenommen. In der Perspektive, so Amtsleiter Uwe Birk, werde mit dem 3x10-Schichtsystem gearbeitet. Mit diesem System könne man das Sparziel ebenfalls erreichen.

Insgesamt habe das Bürger- und Ordnungsamt einen Beitrag von 250.000 Euro zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

Neuer Rotlicht-Blitzer

Eberswalde (bbp). Wie Ordnungsamtsleiter Uwe Birk mitteilte, plant die Stadtverwaltung noch in diesem Jahr die Einrichtung einer zweiten Rotlichtüberwachungsanlage. Derzeit wird bereits der Verkehr aus Richtung Eberswalde an der Kreuzung am Kleinen Stern in Finow von einem Rotlicht-Blitzer überwacht. Der Standort werde noch ermittelt, so Birk. Die Mitteilung erfolgte im Rahmen einer Information zu den Ergebnissen der sogenannten »Aufgabenkritik«, die zu Haushaltseinsparungen führen sollte. Fragen der Verkehrssicherheit spielten keine Rolle. Das Ordnungs- und Bürgeramt leistet auf diese Weise vielmehr seinen Beitrag zur Konsolidierung der städtischen Finanzen. Weitere Einnahmen fließen dem Amt infolge der Erhöhung der Einwohnerparkausweise auf 30 Euro zu.

Gnadenbrot für Touristen-Information

Abwicklung der Bürgeramt-Außenstellen verlief »reibungslos«

Eberswalde (bbp). Im Rahmen der Diskussion zum Haushalt 2011 hatten die Eberswalder Stadtverordneten auch über eine sogenannte »Aufgabenkritik« beschlossen. Die Volksvertreter sollten über die weitere Notwendigkeit bestimmter »freiwilliger Aufgaben« befinden. Die Stadtverwaltung hatte dafür eine ganze Reihe an Einsparmaßnahmen vorgeschlagen. Einige fanden die Zustimmung der Stadtverordneten.

Betroffen war unter anderem die Touristen-Information im Familiengarten, deren Öffnungszeiten auf wenige Stunden an zwei Tagen in der Woche reduziert wurden. Daß sich damit Sinn und Zweck dieser Einrichtung im Grunde erübrigte und sich der Zulauf weiter verringern würde, war schon zur Beschlußfassung klar. Das erkannte nun auch die SPD-Stadtverordnete Angelika Röder, die vor der Sommerpause im Ausschuß für Kultur, Sport und Soziale Integration meinte, man könne die Außenstelle der Touristeninformation im Familiengarten doch komplett schließen. Dem widersprach allerdings Kulturamtsleiter Dr. Neubacher, der auf die Fördermittelbindung hinwies. Ordnungsamtsleiter Uwe Birk ergänzte, daß man zum Zeitpunkt der Beantragung der Fördermittel von einem Tourismuszentrum ausging. Die Zweckbindung der Fördermittel laufe noch bis 2017. Birk kündigte für September eine zusammenfassende Darstellung zum Familiengarten an, einschließlich einer Empfehlung zur weite-

ren Verfahrensweise. Hinsichtlich der Tourismusinformation in der Steinstraße werde derzeit verwaltungsintern geprüft, ob auf Schließ- und Pausenzeiten verzichtet werden kann.

Der Leiter des Ordnungs- und Bürgeramtes informierte zudem, daß die Schließung der Außenstellen in Finow und im Brandenburgischen Viertel erfolgt sei. Über tatsächliche Einsparungen und den zusätzlichen Aufwand, den nun die Bürgerinnen und Bürger tragen müssen, erfuhren die Ausschußmitglieder nichts. Auf Nachfrage der Ausschußvorsitzenden Angelika Röder (SPD) antwortete Birk lediglich, daß »alles reibungslos« erfolgt sei. Die Idee, einen Bürgerbus einzurichten, mit dem mobile Sprechstunden in den Ortsteilen abgehalten werden könnten, sei verworfen worden. Ansonsten würden bei »schwierigen Bürgeranliegen« auch Mitarbeiter vor Ort geschickt.

Allerdings könnten schon jetzt aufgrund von Krankheit oder Urlaub nicht immer alle Schalterplätze im Bürgeramt besetzt werden, bestätigte Birk den Einwand von Frank Banaskiewicz (FDP/BFB). Der Personalbestand im Amt bewege sich am Limit. Banaskiewicz forderte, daß die Bürger unter den Einsparungen nicht leiden dürften. Daher müsse hier »über eine neue Personalpolitik nachgedacht werden«. Torsten Duckert (Die Linke) machte darauf aufmerksam, daß die Aufgabenkritik aufgrund der guten Haushaltslage eigentlich Makulatur sei.

Anonyme Spenden für den Tierpark

Über die Annahme von Spenden wird entsprechend der städtischen Ordnung in der StVV beschlossen. Das war eine Konsequenz der Spendenaffäre von 2006. Aber der Grundsatz der Öffentlichkeit der Spenden ist nicht gesichert. So hat die StVV kürzlich über die Annahme einer Spende beschlossen, wobei der Spender sich ausgebeten hat, nicht öffentlich genannt zu werden. Jeder kennt die Redewendung: Tue Gutes und rede darüber. Aber ist es nur Bescheidenheit, wenn Einer Gutes tut, aber nicht darüber reden will, darüber reden lassen will? Welche Gründe es auch immer gibt, darüber nicht reden zu wollen – wer der öffentlichen Hand Gutes tut, sprich Geld gibt, muß auch bereit sein, sich zu seinem Tun zu bekennen. Ohne dieses öffentliche Bekenntnis kommen Zweifel am guten Willen auf und greifen Vermutungen und Verdächtigungen um sich. Vor diesem Hintergrund stellen sich auch Fragen zur Spende des Vereins der Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens Eberswalde e.V. in Höhe von 99.000 Euro.

Warum wird gerade der Spendenweg über den Verein an den Zoo gewählt? Der Zoo ist eine städtische Einrichtung und wird durch die Stadt finanziert. Daraus ergibt sich der erste mögliche Spendenweg: Vom Spender an die Stadt Eberswalde mit Angabe des gewünschten

Verwendungszweckes. Denkbar ist zweitens die Möglichkeit, daß der Spender seine Spende direkt an den Zoo gibt. Dritte Möglichkeit: Die Spenden fließen erst einmal dem Verein zu, der sie dann weiter an die Stadt gibt. Die Spende einzelner Personen oder Firmen stellt sich dann als Spende des Vereins dar. Die eigentlichen Geldgeber werden nicht genannt, sie tun Gutes, aber sie reden nicht darüber.

Sollte es nicht zu den Schlußfolgerungen aus dem Spendenskandal gehören, daß von der StVV keine Spenden angenommen werden, wenn nicht die Namen der Spender und ihre Spendenhöhe bekannt sind. Auch wenn der Weg der Spende über den Verein der Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens geht, sollten bei Weitergabe der Spenden an die Stadt die jeweiligen Einzelspender, die Spendenhöhe und die Vorgabe zur Spendenverwendung genannt werden.

Die derzeitige Verfahrensweise nährt den Verdacht, daß der gewählte Weg der Spenden über den Verein einzig dem Zweck dient, die Transparenz des Spendenvorgangs einzuschränken. Sie verdeckt auch die Interessenlage des jeweiligen Einzelspenders, die möglicherweise auch Grund für die Ablehnung der Spendenannahme sein könnte.

ALBRECHT TRILLER

LINKE verliert Aufsichtsratssitz

Eberswalde (bbp). Im März hatten die Eberswalder Stadtverordneten auf Antrag der Fraktion DIE LINKE eine Neubesetzung des Aufsichtsrates der Technischen Werke Eberswalde (TWE) vorgenommen mit dem Resultat, daß anstelle von Carsten Zinn nunmehr dessen damalige Fraktionskollegin Sabine Büschel in den Aufsichtsrat berufen wurde. Wenige Tage informierte der Fraktionsvorsitzende der Linken Wolfgang Sachse die Öffentlichkeit über den Ausschluß von Carsten Zinn aus der Fraktion.

Dadurch änderte sich das Stärkeverhältnis der Fraktionen. Die Fraktion DIE LINKE hat nunmehr nur noch Anspruch auf einen Sitz im TWE-Aufsichtsrat, statt bisher zwei. Der Sitz

würde an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fallen, die bisher nicht im Aufsichtsrat vertreten sind. Gemäß Kommunalverfassung ist unter diesen Voraussetzungen eine erneute Neubesetzung des Aufsichtsrates vorzunehmen, unter der Voraussetzung, daß dies von einer Fraktion beantragt wird. Nachdem zwei Monate ins Land gegangen waren, ohne daß seitens der Bündnisgrünen Anstalten unternommen wurden, eine Neubesetzung zu beantragen, warf sich nunmehr die Fraktion der Fraktionslosen in die Bresche. Die Thematik wird nun in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September Bestandteil der Tagesordnung sein.

Stellenbeschreibung abgelehnt

Ehemalige Führungskräfte auf hochdotierte Reserveposten abgeschoben

Eberswalde (bbp). Das Jobcenter Barnim arbeitet seit Anfang des Jahres als gemeinsame Einrichtung des Landkreises Barnim und der Agentur für Arbeit Eberswalde. Die Geschäftsleitung übernahm Michael Mader von der Agentur für Arbeit.

In der bisherigen Arbeitsgemeinschaft von Landkreis und Agentur (ARGE) war das Führungspersonal vom Landkreis gestellt worden. Der bisherige Jobcenter-Leiter Ulrich Gräfe und seine Stellvertreterin Katrin Pecyk kehrten in die Kreisverwaltung zurück.

Darauf hatten beide Anspruch. Dabei dürfen sie finanziell nicht schlechter gestellt werden, als vor ihrer Delegation. Allerdings waren ihre Stellen als Sozialdezernent und Amtsleiterin inzwischen neu besetzt worden. Gleichwertig dotierte Stellen standen nicht zur Verfügung. Daher erfand man für die beiden ein neues Projektteam für »Projekte von besonderer strategischer Bedeutung«. Die Forderungen des Personalrates nach einer Stellen- und Tätigkeitsbeschreibung für dieses neue Team lehnt der Landrat ab.

»Laßt uns beginnen zu handeln!«

Eberswalde (bbp). »DIE LINKE.Barnim hat einen zu geringen 'Aktivstamm', stellte der Kreisvorstand zur Kreismitgliederversammlung der Partei im Mai fest. Vieles der Parteiarbeit bleibe an den wenigen Aktiven hängen. Zudem fehle es an Nachwuchs, was auch mit einer zum Teil ungenügenden Betreuung von Neu-Mitgliedern zu tun habe. »Wir vergeben Potentiale innerhalb unserer Mitgliedschaft. Es gibt zu viele 'weiße Flecken' – obwohl wir mitgliederstärkste Partei im Barnim sind.« Die vorhandenen Kommunikationswege werden nur ungenügend genutzt, heißt es. DIE LINKE.Barnim werde auf längere Sicht nicht mehr wie bisher politisch wirken können, wenn die Parteistrukturen bleiben wie sie sind.

Mit Stand Ende 2010 gehörten dem Kreisverband 591 Mitglieder an, darunter 228 Frauen, was einem Anteil von 39 Prozent entspricht. Die meisten Mitglieder (566) sind in Basisgruppen organisiert. Die Altersstruktur macht dem Vorstand Sorgen. Insgesamt sind 54 Prozent der Mitglieder älter als 65. Nur 39 Mitglieder sind jünger als 35 (7 %), weitere 72 (12 %) unter 50 Jahre. Zwischen 50 und 65 Jahre alt sind 155 Linke (27 %). Die zahlenmäßig stärkste Gruppe sind mit 196 die über 75jährigen – das heißt, ein Drittel der Parteimitglieder im Barnim sind im Greisenalter.

Die Altersstruktur spiegelt sich auch darin wider, daß es in den Ämtern und amtsfreien Gemeinden Joachimsthal, Oderberg-Britz-Chorin, Biesenthal und Ahrensfelde keine aktiv funktionierenden Parteistrukturen gibt. Der Vorstand geht von 18 aktiven Basisgruppen aus: davon etwa 8 in Bernau, etwa 6 in Eberswalde sowie je eine in Wandlitz, Werneuchen/Ahrensfelde, Panketal und Schorfheide.

»Wir wollen eine Mitgliederpartei bleiben«, formuliert der Kreisvorstand als Ziel. Dafür sollen neue, aber auch ehemalige oder inaktiv gewordene Mitglieder aktiviert werden. Wichtig sei dafür, die Partei als ganzes neu zu definieren, klar zu machen, »was wir wollen« und was es für die Partei bedeutet, aktiv zu sein. Ziel seien flächendeckend funktionierende Parteistrukturen im Landkreis. Überlegt werden müsse, wie dies ausgestaltet werden könne, wie die Bindung der Mitglieder an die Partei verbessert werden kann. Die LINKE habe Potentiale, die nicht genutzt würden. Es gebe viele »Menschen ohne Lobby«, die von den Linken bisher noch zu wenig oder gar nicht angesprochen würden.

Auf dem jüngsten Landesparteitag seien verschiedene Projekte zur Parteireform benannt worden. »Hier werden wir uns einbringen und mit unseren eigenen Projekten anknüpfen«, heißt es seitens des Kreisvorstandes. Dabei gehe es

Garagenabriß geplant

Eberswalde (bbp). Am Schützenplatz sollen nach Ankündigung der Stadtverwaltung Garagen abgerissen werden. Die Pächter und Eigentümer der Garagen sollen an den Abrißkosten beteiligt werden. Dies widerspreche, erklärte der Stadtverordnete Albrecht Triller im Finanzausschuß, dem Stadtverordnetenbeschluß aus dem Jahr 2004. Darin ist festgelegt, daß die Stadt bis zum Jahr 2019 auf ihr Kündigungsrecht verzichtet. Ausnahmen beschränken sich auf Kündigungen »aus Gründen der Beseitigung von Gefahren Mißständen bzw. Schandflecken im Ortsbild«. Inwieweit diese Ausnahmen hinsichtlich der Garagen am Schützenplatz geltend gemacht werden können, wurde nicht weiter behandelt. Die Frage, ob die betroffenen Garageneigentümer ein Anrecht auf einen Wertausgleich haben, will Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff bis zur nächsten Finanzausschußsitzung am 15. September klären.

Stadtumbaubeauftrag

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde hat künftig einen »Stadtumbaubeauftragten«. Dies hat der Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause in öffentlicher Sitzung beschlossen. Für die Jahre 2011, 2012 und 2013 sollen dafür jeweils 30.000 Euro bereitgestellt werden. An wen der Auftrag vergeben wurde, war nicht Gegenstand der öffentlichen Beschlußfassung.

nicht darum, »das Rad neu zu erfinden. Manche Dinge müssen nur noch einmal deutlich gemacht bzw. aktiviert werden«.

Als Projekte schlägt der Linken-Kreisvorstand u.a. vor, eine Gruppe von Aktiven zu bilden, die für besondere Aktionen angesprochen werden kann. Damit im Zusammenhang steht die »Jugendverbandsunterstützung« für eine bessere Koordination gemeinsamer Aktionen mit der Partei und eine »andere Parteikultur« durch neue Veranstaltungsformen, die mehr Menschen ansprechen, z.B. Aktiventreffen. Schon traditionell gehören die Themen »Öffentlichkeitsarbeit – Erscheinungsbild« und »Kommunikationskonzept« zu den Parteireformprojekten. Überlegt werden soll, ob ein eigener Kreisgeschäftsführer die Entwicklung befördern kann. In weiteren Projekten geht es um »aktive Mitgliedergewinnung/-betreuung«, »breitere politische Schwerpunktsetzung«, »politische Bildungsarbeit«, ein »Mentoringprogramm« und die aktive Unterstützung der Basisgruppen, wobei zur Beseitigung der »weißen Flecken« auch über neue Strukturen nachgedacht werden soll (vgl. hierzu Andreas Brückner, Dr. Manfred Pfaff und Gerd Markmann: »Eine neue Perspektive für den Landkreis« in: Der Linke Eberspiegel 2/1995. In den nächsten Monaten wird sich DIE LINKE.Barnim die einzelnen Projekte erarbeiten, diskutieren und schließlich umsetzen. Der Kreisvorstand appelliert an die Mitglieder: »Laßt uns gemeinsam beginnen zu handeln!«

Brief nach Potsdam *Änderung der Fraktionsstärkte*

Ausbau der DSL-Netze gefordert

Der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt (DIE LINKE) hat sich in einem Schreiben an den Infrastruktur- und Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger gewandt. Darin setzt er sich für eine schnelle und positive Bescheidung des Förderantrages zum Ausbau des DSL-Netzes im ländlichen Raum ein. Durch die Amtsverwaltung Britz-Chorin-Oderberg wurden entsprechende Anträge für die Gemeinden Lunow-Stolzenhagen und Chorin gestellt, nachdem sich im zweiten Anlauf ein Anbieter gefunden hatte.

Luthardt betont, daß der Ausbau des DSL-Netzes besonders für die weitere Entwicklung der Dörfer von größter Bedeutung ist. Besonders mittelständige Unternehmen sind darauf angewiesen, aber auch für junge Leute kann es ein Grund sein, nicht die Region zu verlassen. Die Landesregierung muß ihre Versprechungen einlösen!

JANA MULEMBA

Bürgerhaushalt

Eberswalde (bbp). Anlässlich der für September geplanten Beratung und Entscheidung über die Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2012 hält es die Fraktion Die Fraktionslosen für geboten, »nicht nur über die neu eingereichten Vorschläge zu beraten und zu beschließen. Vielmehr sollte in diesem Zusammenhang darüber gesprochen werden, was mit dem Bürgerhaushalt seit Beginn erreicht wurde, welche Erfahrungen in der Arbeit mit dem Bürgerhaushalt gesammelt wurden und wie es weitergehen soll.« Daher beantragt die Fraktion die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes in die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. September der lautet: »Ergebnisse und Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt in der Stadt Eberswalde und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit. – Bericht der Verwaltung, Diskussion dazu und gegebenenfalls Beschlüßfassung.« Einen analogen Tagesordnungspunkt solle es dazu auch im Finanzausschuß geben.

Mit dem Kanu unterwegs

21. August 2011, Sonntag: Kanu-Tour zur Reiherbuschbrücke. Geführt von NaturFreund Karsten Förster vom Kanu Verleih Oderberg geht es durch herrliche Landschaft nach Falkenberg. Hier ist die Kaffeepause vorgesehen. Ausgeruht geht es zurück zum Ausgangspunkt. Ende ca. 17 Uhr. Anmeldung unter 03344/333200 erforderlich. Die Anreise ist auch mit der Bahn möglich, da Bollwerk nur 5 Gehminuten vom Bahnhof entfernt.

Gebühr inkl. Führung/Kanumiete: 6 Euro, Kinder 3 Euro, NaturFreunde 1,50 Euro).

Treff: 13.30 Uhr Bollwerk/Anlegestelle, Kanalstraße Ecke Bahnhofstraße, 16259 Bad Freienwalde

BERND MÜLLER

Das Brandenburgische Landesverfassungsgericht hat entschieden, daß die Kommunalverfassung Brandenburgs unzulässigerweise die Fraktionsstärke im Kreistag auf vier Abgeordnete vorgeschrieben hat. Sein entsprechendes Urteil gibt die Möglichkeit und Notwendigkeit, auch im Kreistag Eberswalde eine eigene Regelung zu treffen. Obwohl das Urteil schon mehr als zwei Monate alt ist, tut sich der Kreistag schwer mit der Umsetzung des Urteils. »Es gibt keinen Handlungsbedarf«, »eine Änderung ist frühestens im Herbst möglich«, »die aktuelle Festlegung in der Geschäftsordnung des Landkreises ist die zweckmäßigste«, das alles sind Argumente, mit denen eine Neuregelung ausgebremst wird.

Nun ist der Kreistag doch unter Druck geraten, weil eine Gruppe von acht Kreistagsabgeordneten den Antrag gestellt hat, die Fraktionsgröße in der Geschäftsordnung (GO) auf drei Abgeordnete zu ändern. Dies halte ich für einen Schritt in die richtige Richtung, aber korrekter wäre es, zur früheren Regelung der GO zurück zu kehren, nach der auch zwei Abgeordnete eine Fraktion bilden können. Die höhere Mindestzahl der Fraktionsmitglieder war – unausgesprochen – wohl nur dem Versuch geschuldet, rechte Kräfte auszugrenzen.

Dies ist jedoch eindeutig undemokratisch. Dem Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung in laufender Sitzung stand jedoch auch der § 24 der GO entgegen, wonach ein in den Kreistag eingebrachter Änderungsantrag der Geschäftsordnung in den Kreisausschuß oder den zuständigen Ausschuß zu verweisen ist. Ferner ist dazu vom Vorsitzenden des Kreistages ein Gremium bestehend aus dem Vorsitzenden des Kreistages, seinen Stellvertretern und den Fraktionsvorsitzenden einzuberufen. Hier handelt es sich um ein – auch als Ältestenrat bezeichnetes – Gremium, dessen Zusammensetzung und Aufgaben nicht in der Hauptsatzung bzw. Geschäftsordnung geregelt sind. Es ist auch nicht, wie die anderen satzungsgemäßen Gremien des Kreistages repräsentativ für die Zusammensetzung des Kreistages. Da ist eine kommunalrechtliche Prüfung am Platze.

Eine sofortige Entscheidung über den Antrag wäre allerdings nach § 24 auch möglich gewesen, wenn dies mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden wäre. Diese Möglichkeit wurde jedoch ausgelassen. Der Antrag kann folglich frühestens in der Septembersitzung des Kreistages entschieden werden.

ALBRECHT TRILLER

Die Welt willkommen heißen

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann begleitet seit vielen Jahren das Parlamentarische Patenschaftsprogramm das gemeinsam vom Deutschen Bundestag und dem US-Kongress durchgeführt wird.

Wer Interesse an anderen Kulturen hat, jedoch Deutschland nicht selbst verlassen kann, hat bei dem gemeinnützigen Verein Partnership International e.V. die Möglichkeit, ab September einen Gast Schüler aus Nordamerika, Südamerika oder aus Thailand bei sich willkommen zu heißen, informiert Enkelmann. Deutsche Schüler, die ein ganzes oder halbes

Jahr im Ausland verbringen wollen, können sich noch bis zum 1. September für das zweite Semester des Schuljahres 2011/2012 bewerben, oder für Programme ab 2012 anmelden.

Weitere Informationen sind über das Barnauer Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten unter der Rufnummer 03338-459543 oder per Mail unter wkb-d.enkelmann@t-online.de zu erfragen.

BÄRBEL MIERAU

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Heimatverein will »Helden« ehren

Eberswalde (prest-ew/bbp). Der Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V. lädt am Tag des offenen Denkmals am 11. September zum Kriegerdenkmal »Heldenhain« auf dem Barnimplateau an der Heinrich-Heine-Straße ein. Hier informieren Mitglieder über die Geschichte des Kriegerdenkmals. Es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen. Schließlich kann der Spendenbarni für 15 Euro erworben werden – zur Unterstützung der Sanierung des Denkmals. Das Denkmal für die 796 Eberswalder Gefallenen des Ersten Weltkriegs wurde im November 1925 eingeweiht. Den Bau der »offenen germanischen Pfeilerrundhalle« mit Altar und Opferschale hatten u.a. die Besitzer der Ardel-Werke, die als Rüstungsproduzenten vom Krieg profitierten, mit einer großzügigen Spende ermöglicht (Eberhard Wühle: »Der

Heldenhain«, in: Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 2007/2008). Wie die Ardelts in Eberswalder zu Wegbereitern des Faschismus wurden, um dann auch am Zweiten Weltkrieg prächtig zu verdienen, diente der »Heldenhain« in den 20er und 30er Jahren der ideologischen Vorbereitung des nächsten Krieges. Auch während des Zweiten Weltkrieges hatte das Denkmal eine wichtige Rolle für »die Stimmung der Bevölkerung« und der Soldaten der Eberswalder Garnison. Zu DDR-Zeiten wurden Kriegerdenkmale nicht mehr gefördert. Der »Heldenhain« verfiel. Als nach dem Beitritt der DDR zur BRD die Bundeswehr zunehmend im Ausland agierte, sah es der Heimatverein an der Zeit, das Kriegerdenkmal dem Verfall und der Vergessenheit zu entreißen.

Kleiderkammer vor der Rettung

Bleibt die Wohnungsbaugenossenschaft auf den Kosten sitzen?

Eberswalde (bbp). »Inzwischen scheinen alle Hilfsversuche vergebens gewesen zu sein«, erklärte Martin Hoeck, Vorsitzender des Sprecherrates »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel und zugleich Vereinsmitglied des Trägervereins Anfang Juni der Presse. »Die Kleiderkammer, deren Arbeit sehr geschätzt wurde, (wird) voraussichtlich zur Jahresmitte schließen.« Hintergrund sei das Auslaufen von Fördergeldern, die insbesondere aus den Förderprogrammen Lokales Kapital für Soziale Zwecke und Stärken vor Ort stammen, die letztmalig bis zum 31.12.2010 bewilligt wurden. Vertreter der Stadtverwaltung bescheinigten der im Vereinshaus in der Havellandstraße ansässigen Kleiderkammer, daß sie sich nicht selber tragen könne. Der Einrichtung fehle ein fester Kundenkreis. Es könne davon ausgegangen werden, daß kein Bedarf an der Einrichtung bestehe. Daß die ehrenamtliche Vereinsvorsitzende Petra Malke das von Martin Hoeck vermittelte Angebot der AWO Eberswalde abgelehnt hatte, die Kleiderkammer in deren – wesentlich kleineren – Räumen unterzubringen, blieb als Vorwurf im Raum stehen. »An diesem Negativ-Beispiel sehen wir sehr deutlich«, so Hoeck, »daß wir dringend bei dem sogenannten Versteigerungskonzept weiterkommen müssen«. Daß, solange die Fördergelder flossen, die zuständigen Verantwortlichen im Eberswalder Rathaus und auch er selbst wenig Engagement für eine »Versteigerung« der Kleiderkammer gezeigt hatten, erwähnte Hoeck nicht.

Noch während der Sprecherratsvorsitzende Pessimismus verbreitete, hatte der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn umfangreiche Aktivitäten entfaltet, um die Kleiderkammer doch noch zu erhalten. Er knüpfte Kontakte zum Brandenburger Arbeitslosenverband, der bereits in der Bergerstraße eine Kleiderkammer betreibt und mit einem Beratungs- und Integrationsprojekt im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertel an der Schorheidestraße 13 präsent ist. Letzteres wird ebenfalls über das Programm Soziale Stadt gefördert, welches allerdings zum 31. Dezember 2011 ausläuft. Wie sich herausstellte, gibt es beim Arbeitslosenverband durchaus Interesse, die Kleiderkammer im Brandenburgischen Viertel als neuen Träger mit einem erweiterten Angebotsprofil zu übernehmen. Auch bei der Geschäftsführung des Barnimer Jobcenters sprach der Ortsvorsteher vor, um die Chancen einer weiteren Förderung auszuloten.

Bereits Anfang Juli war dann klar, daß der Brandenburger Arbeitslosenverband mit seinem Eberswalder Arbeitslosenservice die Kleiderkammer, sogar schon ab dem 1. September, übernehmen würde. Allerdings stellte die Regionalkoordinatorin des Verbandes Petra Bothe klar, daß eine Übernahme der aufgelaufenen finanziellen Altforderungen durch den neuen



Träger nicht in Frage käme. Das Jobcenter Barnim signalisierte zugleich die Bereitschaft, unter Beachtung der strengen Förderkriterien mit niederschweligen Maßnahmen der Öffentlichen Beschäftigungsförderung dem neuen Träger Hilfe und Unterstützung zu gewähren.

Der alte Trägerverein, der Kleiderkammer und Sozialer Service (KuSS) e.V., hat inzwischen bei der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow (WBG), die das Vereinshaus in der Havellandstraße 15 (ehemalige Kita »Spatzennest«) betreibt, Verbindlichkeiten in Höhe von rund 2.200 Euro angehäuft, die zum 1. September fällig werden. Bei einer Insolvenz des Trägervereins KUSS e.V., was offenbar das bevorzugte Procedere seitens der Stadtverwaltung darstellt, würde die WBG, die sich als Betreiberin von zwei Vereinshäusern sehr stark sozial im Brandenburgischen Viertel engagiert, auf den Kosten sitzen bleiben.

Die für die Sprecherratssitzung am 1. August versprochene Information fiel bescheiden aus. Eine Förderung aus Mitteln der »Sozialen Stadt« zur Begleichung der Mietschulden sei nicht möglich. Aber es gebe Überlegungen, über die noch nicht entschieden, und Verhandlungen, die noch im Gange seien. Der Sprecherrat wird dann über die Ergebnisse informiert. Im Nachhinein. Die laufenden Verhandlungen sind Verwaltungsangelegenheit.

Daß die Verwaltung ernsthaft nach Lösungen sucht, kann angesichts der Teilnahme des Ersten Beigeordneten Lutz Landmann an dem Gespräch vom 6. August mit den Vertretern des Arbeitslosenverbandes Petra Bothe (Regionalkoordinatorin) und Jens Rode (Landesgeschäftsführer) vorausgesetzt werden. Seitens der Stadtverwaltung nahmen neben Landmann die Jugendamtsleiterin Kerstin Ladewig, Sachgebietsleiter Rainer Pförtner und die Quartiersmanagerin Cornelia Sprengel an dem Gespräch teil.

Hartz IV tötet

Saarbrücken (gegen-hartz4/bbp). Als erstes »offizielles« Hartz-IV-Opfer gilt ein junger Mann, der 2007 in Speyer (Rheinland-Pfalz) nach Einstellung der Hartz-IV-Zahlungen verhungerte. Im Jahr 2008 erschlug eine arbeitslose Frau in Sachsen-Anhalt einen Radfahrer mit einem Beil, weil sie in ihm einen Konkurrenten bei der Jobsuche sah. Im gleichen Jahr ermordete ein Mann im niedersächsischen Hildesheim aus Angst vor Hartz-IV seine Frau. Den geplanten Selbstmord führte er nicht aus. Der Suizid mißlingt auch einem Hartz-IV-Empfänger in Schleswig-Holstein, der 2009 zuvor seinen Vater umbringt und die Mutter schwer verletzt. Die erfolgreichen Selbstmorde von Hartz-IV-Empfängern, bei denen keine anderen Personen zu Schaden kommen, werden nicht gezählt.

Im Mai 2011 erreichte der Hartz-IV-Mord eine neue Dimension. In einem Arbeitsamt in Frankfurt/Main (Hessen) wurde eine Frau, die ausflüpte und mit einem Messer herumschlingelte, von einem Polizisten erschossen...

Nun starben im Saarland eine Mutter und ihr zweijähriges Kind. Auch sie verhungerten.

Nachdem der Frau aus Saarbrücken und ihrem Kind die Hartz-IV-Leistungen komplett gestrichen wurden, schien sich niemand mehr dafür interessiert zu haben, wie diese Familie ohne Geld für Miete, Heizung, Strom, Lebensmittel und Krankenversicherung überleben konnte. Nur rein zufällig, durch auffälliges Verhalten in der Öffentlichkeit, sei das Jugendamt auf die Frau mit ihrem Kind aufmerksam geworden.

Die örtliche Fraktion der Linken hat eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses beantragt, um die Hintergründe und Umstände um den tragischen Tod einer 36-jährigen Brasilianerin mit ihrem kleinen Kind zu klären. Es fehle an automatisch auffangenden Hilfen und einem Übergangmanagement von SGB II nach SGB VII. »Zum ersten Mal ist im Saarland ein Hilfebedürftiger trotz Sozialsystem verstorben und dabei ein Kind möglicherweise verhungert«, erklärt Dagmar Trenz, jugendpolitische Sprecherin der LINKEN. »Jetzt müßten alle hellwach sein und Lehren aus dieser Tragödie ziehen.«

Der Ortsvorsteher, die WBG und auch die ehrenamtliche Vereinsvorsitzende des KuSS e.V Petra Malke waren nicht eingeladen.

Inzwischen hat die Kleiderkammer geschlossen. Allerdings war diese Schließzeit bis zum 28. August aufgrund des Urlaubs der ehrenamtlich Beschäftigten schon lange geplant. Trotz mehrfacher Nachfrage des Ortsvorstehers Carsten Zinn war Sachgebietsleiter und faktischer »Quartiermanager« Rainer Pförtner auf der Sprecherratssitzung am 1. August eine genauere Auskunft schuldig geblieben – als hätte er einen Maulkorb umgehängt bekommen.

FreiRäume in Eberswalde

Unsere Idee ist es, einen Ort zu schaffen, an dem sich studentische, jugendliche und andere Gruppen treffen, austauschen und organisieren und auf diese Weise ihr ungenutztes Potential aktivieren und Synergien zwischen den einzelnen Projekten hervorbringen. Stadtpolitik, Stadtleben und Stadtkultur braucht freie Räume, an denen so was konkret ohne Bürokratie möglich wird.

Die vergangen Monate haben gezeigt, daß in der Stadt politisch und kulturell etwas in Bewegung gerät – Anti-Atomstaat- und -Gentechnikgruppen setzen sich kritisch mit politischen Themen auseinander. Aber nicht nur gegen etwas sind die Studenten: Urban Gardening, Transitiontowns und Community Supported Agriculture (CSA) sind Initiativen von Studenten, Landwirten und Eberswaldern die dabei sind unsere Stadt zu einem besseren Ort zu machen. Viel wird diskutiert und viel mehr wartet darauf, getan zu werden. Einen Ort zum Austausch und zur Zusammenarbeit zu schaffen, ist angesagt!!

Ein Ort mit vielen Vorteilen:

- besserer Informationsfluß zwischen Gruppen
- Neue Interessierte finden leicht Anschluß. Sie sehen auf einen Blick, was es alles gibt, wo sie sich einbringen können.
- Vernetzung von Studenten und Bürgern
- Eine Unabhängige Selbstverwaltete Plattform bietet keine politische Restriktionen
- Wirkung der Gruppen in der Öffentlichkeit wird gesteigert
- Synergien die aus all dem Entstehen.

(K)eine politische Suppenküche?!

Soziale Isolation und Ohnmachtsgefühle sind ein großes Problem der modernen Gesellschaft. Sie verhindern, daß die Menschen aktiv an politischen Prozessen und Gesellschaftsentwicklungen teilnehmen. Ein offenes Zentrum, das über Gruppenstrukturen hinaus einzelnen Menschen die Möglichkeit gibt sich zu informieren oder konkret zu beteiligen wird dazu beitragen Politikverdrossenheit zu überwinden. Nicht die Zugehörigkeit zu Parteien oder Gruppen soll dabei im Vordergrund stehen, sondern das gesellschaftliche Engagement eines Jeden. Sei es politisch, sozial oder kulturell.

Studenten kommen und gehen ...

Die Bachelor Studienzeit ist begrenzt, viele gehen im Laufe dieser Lehrzeit ins Praktikum. Wie die Vergangenheit zeigt erschwert dies die studentische Arbeit in den unterschiedlichen Gruppen. Ein Ort für alle macht es sicher leichter Menschen zu finden und zu integrieren und bestehende Strukturen zu erhalten und Erfahrungen weiter zu geben.

Wer macht mit?

Natürlich Ihr alle hier, aber wir haben schon bestehende Initiativen zur Idee befragt. Alle fanden die Idee spannend und würden so einen Ort nutzen und mitgestalten wollen. Es sind dies: Genial, Greenpeace, Linke Aktionsgruppe und viele Einzelpersonen.

Initiative FreiRaum Eberswalde

Überflüssige Staatsschützer

Für den 1. August hatte die »Neue Spartakusgruppe« zum viertenmal zu einer Kundgebung gegen den »Unrechtsstaat BRD« auf den Platz am Max-Reimann-Denkmal an der Einfahrt zum Brandenburgischen Viertel (bis 1993 »Max-Reimann-Viertel«) geladen. Die erste Veranstaltung am 2. Mai war vom Polizeischutzbereich Barnim verboten, das Verbot im Nachhinein aber gerichtlich aufgehoben worden. Die zweite Veranstaltung am 6. Juni wurde mit sinnlosen Auflagen belegt (BBP 6/2011), die nach Widerspruch ebenfalls gerichtlich zurückgewiesen wurden. Am 4. Juli und am 1. August fanden weitere Veranstaltungen der »Neuen Spartakusgruppe« statt. Von einer »Gefahr« für die staatliche und öffentliche Sicherheit kann keine Rede sein. Dementsprechend hielten sich auch die Beamten vor Ort zuletzt sehr zurück. Zur Augustveranstaltung zeigte der zuständige Revierpolizist erst zum Ende der Veranstaltung öffentliche Präsenz.



Info-Stand der »Neuen Spartakusgruppe« am Max-Reimann-Denkmal. Der Zulauf hält sich in Grenzen. Für deren öffentliche Wahrnehmung sorgt vor allem der Verbotsaktivismus der Barnimer Staatsschützer.

Die Verantwortlichen im Polizeischutzbereich Barnim hingegen fahren weiterhin eine »harte Linie«. Nachdem Verbote und Auflagen mangels rechtlicher Substanz versagten, zogen die verantwortlichen Staatsschützer im Schutzbereich Barnim als letzten Joker eine Anzeige gegen den Anmelder der Veranstaltungen Karl-Heinz Blättermann aus dem Ärmel. Inhaltlich bieten die Anzeige nicht mehr auf, als in dem gescheiterten Verbotsverfahren. Pikant an der Sache dürfte sein, daß als »Feststellungszeit« für die angebliche Straftat der 12. März (ein Sonnabend) angegeben wurde. Das war zwei Tage vor der Veranstaltungsanmeldung beim Ordnungsamt der Stadt Eberswalde, mit der das »Kampffprogramm«, auf welche die Anzeige Bezug nimmt, erstmals nach außen gegeben wurde. Davon abgesehen sind die Vorwürfe im Rahmen des Widerspruchsverfahrens zum Verbotsbescheid längst gerichtlich geklärt worden. Die Erfolgsaussichten dieser Anzeige dürften gegen Null gehen.

Es erstaunt, daß angesichts der angesagten Polizeireform derart hartnäckig erhebliche Ressourcen gegen einen Phantom-Feind eingesetzt werden, der lediglich sein Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrnimmt und von dem gewiß keine gewalttätige Gefahr ausgeht. Was die Verantwortlichen dieses Schutzbereichs hier veranstalten, ist ein Schlag ins Genick für all jene, die Propaganda gegen die Einsparungen durch eine Polizeireform betreiben, machen diese Staatsschützer doch allen klar, daß sie eigentlich überflüssig sind.

GERD MARKMANN

Neue »Kameradschaft« im Barnim aktiv

Bad Freienwalde/Bernau (bbp). Die so genannte »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« (KMOB) hatte sich nach eigenen Angaben am 3. Juli 2010 selbst aufgelöst. Am Tag zuvor durchsuchten mehr als 130 Polizeibeamte zeitgleich mehr als 20 Wohnungen, Garagen und Wirtschaftsgebäude von deren Mitgliedern. Inzwischen hat sich die »Kameradschaft« neu organisiert. Seit Januar 2011 agieren sie als »Freundeskreis (Nord-)Brandenburg«.

Mit dem Namen »Freundeskreis Brandenburg« (FK-BRB) traten sie das erstmal mit einem Transparent mit der Aufschrift »Mord bleibt Mord – Freundeskreis Brandenburg« am 15. Januar 2011 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) bei einem Naziaufmarsch in Erscheinung.

Wenige Wochen später gründete Robert Gebhardt, damaliger Initiator der KMOB, via der Internet-Community »Jappy« eine Gruppe, namens »Freundeskreis Brandenburg« (FK-BRB). Seit dem 27. Januar ist Gebhardt nicht nur Domaininhaber der KMOB-Internetseite, die immer noch online ist, sondern auch des »neuen« Zusammenschlusses FK-BRB.

Auf ihrem Webblog dokumentieren sie neben besuchten Demonstrationen, Gerichtsverhandlungen und Terminen auch eigene Mahnwachen. Wie etwa vom 13. März 2011 in Bernau. Dort gab es unter dem Motto: »Atomaustieg Jetzt! Solidarität mit Japan« eine Mahnwache auf dem örtlichen Marktplatz.

Quelle: Antifa Bad Freienwalde (Oder)

Umweltministerin Tack macht LINKE Wasserpolitik?

Ein gutes Gedächtnis ist wichtig, das lernt man schon als Kind. Im Berufsleben hilft es sehr, wobei es jedoch auf den Beruf ankommt. Für Politiker scheint ein gutes Gedächtnis eher hinderlich. Es belastet doch sehr, noch zu wissen, was man seinen Wählern vor der Wahl versprochen hat. Auch ist es störend, seine eigenen Forderungen als Opposition, später dann in der Regierung realisieren zu sollen. Jeder kennt hier Beispiele. Ich erinnere hier an ein Beispiel aus Brandenburg, Fraktion DIE LINKE, Frau Umweltministerin Tack. Es geht um Forderungen aus dem Jahre 2003. Damals hieß die Partei noch PDS und war in der Opposition.

Frau Tack war schon damals Mitglied dieser Partei, des Landtages und ihrer Fraktion. Um dem Gedächtnis der Frau Tack auf die Sprünge zu helfen, habe ich ihr im Juni d.J. einen Brief geschrieben. Das ist der Wortlaut des Briefes:

Zunächst darf ich Sie an Ihre mir bekannt gewordenen Äußerungen zur Wasserpolitik in Brandenburg erinnern, z.B. in der Fernsehsendung Klartext am 10. November 2010 und als Gast von Frau Dr. Dagmar Enkelmann in Bernau. In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir bitte, Sie auf eine Presseerklärung Ihrer Partei vom 09.01.2003 (Enkelmann/Dobberstein) aufmerksam zu machen. Darin sind einige Forderungen Ihrer Partei an die Landesregierung formuliert. Sie lassen an Deutlichkeit nur wenig zu wünschen übrig.

Mir ist nicht bekannt, daß Ihre Partei zwischenzeitlich von diesen Forderungen abgerückt ist. Im Unterschied zu 2003 ist Ihre Partei aber jetzt Regierungspartei.

Im Namen der landesweiten Bürgerbewegung für einen nachhaltigen Umgang mit Wasser und für »Wasser in Bürgerhand« frage ich Sie hiermit, was Sie als Ministerin Ihrer Partei bisher getan haben, um Ihre damaligen Forderungen jetzt um- und durchzusetzen.

Wir stellen fest, daß sich seit 2003 (und auch schon davor) an der Wasserpolitik der Landesregierung nichts geändert hat. Nach wie vor spielen der nachhaltige, sparsame Umgang mit Wasser, die Wiederverwertung und Kreislaufführung gebrauchten Wassers, ganz allgemein die kluge Nutzung des Wassers in der Landeswasserpolitik keine Rolle. Die Landespolitik ist weiter gekennzeichnet durch Steuergeldverschwendung im Zusammenhang mit der Kanalschließung auch kleinster Dörfer und eine rigorose Durchsetzung eines Anschluß- und Benutzungszwanges, den es in der Kommunalverfassung so gar nicht gibt (der sog. Anschluß- und Benutzungszwang muß nicht abgeschafft werden, es kommt nur darauf an, ihn nach Maßgabe von § 12 Kommunalverfassung korrekt zu handhaben).

Hier die damalige Presseklärung:

Zur aktuellen Entwicklung im Streit um die Abwasserentsorgung, erklären die umweltpolitische Sprecherin Dagmar Enkelmann und der Abwasserexperte Heinz Dobberstein: Manipulationen in der Abwasserpolitik: Umweltstaatssekretär soll gehen!

Seit Monaten lassen Ministerpräsident Matthias Platzeck und Umweltminister Wolfgang BIRTHLER zu, daß die gescheiterte Abwasserpolitik der zentralen Anschlüsse im ländlichen Raum ungenutzt weiterbetrieben wird. Jüngster Skandal ist die Veröffentlichung einer »Methodik zur Durchführung von Variantenvergleichen von zentralen und dezentralen Strukturen der Abwasserentsor-

gung« durch das MLUR. Mittels dieser Methodik soll offensichtlich die Fortsetzung des zentralen Anschlusses an überdimensionierte Klärwerke im ländlichen Raum gerechtfertigt werden. Eine Expertenanhörung im zuständigen Umweltausschuß des Landtages kam gestern Abend einhellig zu dem Schluß, daß diese Methodik nicht anwendbar ist. Die Vorwürfe lauteten u.a. »eine bisher einmalige Manipulation«, »Betrugsmodell« und »unzulässig«.

Nach Akteneinsicht wurde festgestellt, daß die inhaltlichen Vorgaben bei der Auftragsvergabe der knapp 50.000 Euro teuren Methodik eng mit dem Umweltstaatssekretär Friedhelm Schmitz-Jersch abgestimmt worden waren. So soll von vornherein der Nutzenfaktor der Kleinkläranlagen im ländlichen Raum – also die Weiterverwendung gereinigten Abwassers auf dem Grundstück und die somit entfallende Abwasserabgabe und die erhebliche Einsparung an Trinkwasser – ausgeklammert werden. Ein klarer Verstoß gegen die Kommunalabwasserrichtlinie der EU! Die Investitions-, Betriebs- und Finanzierungskosten für Kleinkläranlagen fließen mit fest vom MLUR gegebenen Vorgaben in den Vergleich ein – nach Auffassung der Anzuhörenden sind diese bis zu 50% zu hoch angesetzt.

Einhellig abgelehnt wurden auch die mit 90 Jahren angesetzten Nutzungszeiten für die zentralen Abwasserkanäle. Immerhin beträgt der Anteil der Investitionskosten für die Leitungen bis zu 80%. Ein solches Netz über 90 Jahre reparatur- und veränderungsfrei zu betreiben, dürfte jedoch unmöglich sein. Allein der Zwischenbericht zum Städtumbau vom Dezember vorigen Jahres spricht von erforderlichen Stilllegungen und alternativen Lösungen der Abwasserbeseitigung im ländlichen Bereich.

Daß Schmitz-Jersch auch nach dieser Anhörung an dem Variantenvergleich festhält, macht seine Entlassung unausweichlich. Diese läßt sich recht kostengünstig bewerkstelligen, da seit Jahren im Einzelplan 11 - MSWV eine Personal-Leerstelle bereitgehalten wird.

Für Matthias Platzeck wird die Zeit endlich einzugreifen knapp. Wenn es ihm nicht gelingt, dieses so offensichtliche (und von ihm in seiner Amtszeit als Umweltminister maßgeblich mit zu verantwortende) Problem in den Griff zu bekommen, kann man ihm nicht zutrauen, andere größere Herausforderungen zu meistern. Daß er auf die im Juli 2002 von der PDS-Fraktion an ihn herangetragenen Forderungen noch nicht einmal geantwortet hat, beweist einmal mehr, daß er seinen Laden nicht im Griff hat.

Zur Geschichte:

Für die katastrophale finanzielle und technische Situation der Abwasserentsorgung im Land Brandenburg tragen Matthias Platzeck (Umweltminister 1990 - 1998) und Rainer Speer (Umweltstaatssekretär 1994 - 2000) ein hohes Maß an Verantwortung. Die nachfolgend mit der undankbaren Aufgabe betrauten Minister Alwin Ziel und Wolfgang BIRTHLER haben keine Abkehr von der verfehlten Strategie überdimensionierter zentraler Anlagen bewirkt. Bis zum heutigen Tag kön-

nen dieselben Verantwortlichen in der obersten Wasserbehörde schalten und walten. Bei der Vergabe von ca. 50 Mio. Euro Fördermitteln pro Jahr scheint es schwer zu fallen, von liebgeordneten Gewohnheiten abzurücken.

Die PDS forderte daher im Juli 2002 vom neuen Ministerpräsidenten, ein Machtwort zu sprechen und unverzüglich mit der fortgesetzten Mittelverschwendung zugunsten eines kleinen Kreises von Profiteuren und zu Lasten weiter Teile der Brandenburger Bevölkerung Schluß zu machen. Dazu sind vordringlich folgende Schritte erforderlich:

1. Stop der Förderung der zentralen Abwassererschließung im ländlichen Raum.
2. Verwendung der dadurch eingesparten Mittel (ca. 30 Mio. Euro jährlich) für andere Kommunalinvestitionen – insbesondere zur Dorferneuerung
3. Prüfung des Rückbaus überdimensionierter Anlagen
4. Abschaffung aller einseitig auf zentrale Anlagen ausgerichteten gesetzlichen Vorgaben im Wasser-, Bau- und Kommunalrecht
5. Völlige rechtliche und finanzielle Gleichbehandlung dezentraler Anlagen
6. Konsequente Durchsetzung der vorgenannten Forderungen gegenüber der eigenen Verwaltung
7. Finanzierung unabhängiger Gutachten über Abwasserbeseitigungskonzepte für Bürgerinitiativen im Rahmen der Agenda21-Förderung
8. Abschaffung des Anschluß- und Benutzungszwangs – insbesondere in noch nicht erschlossenen und in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern.

Es wäre ein gelungener Start als Ministerpräsident gewesen, wenn Matthias Platzeck die alte Scharte ausgewetzt hätte. Wohl kaum ein Brandenburger Problem läßt sich so ausschließlich auch eigenverantwortlich in Brandenburg lösen.

Soweit der alte Text, der freilich an Aktualität kaum etwas eingebüßt hat. Ihre Partei hat damals - in der Opposition - Herrn Platzeck zu Recht vorgeworfen, daß er »seinen Laden nicht im Griff hat«. Ich wünsche mir, sehr geehrte Frau Ministerin, daß Sie jetzt beweisen, daß Sie »Ihren Laden« im Griff haben und daß Sie die Richtlinien der Umweltpolitik vorgeben.

Bitte wollen Sie mir den Eingang dieser e-mail bestätigen. Über eine zeitnahe Antwort würde ich mich freuen.

So weit mein Brief. Wer nun glaubt, daß Frau Ministerin und führendes Mitglied der Partei »DIE LINKE« geantwortet hat, den muß ich enttäuschen. Sie leitete den Brief an ihre Abteilung Wasserwirtschaft weiter.

In der »Antwort« ging die Abteilung Wasserwirtschaft aber nicht auf meinen Brief ein. Wie sollte sie auch, war doch die Erklärung von 2003 auch eine Kritik an diese Abteilung. Aber dazu mehr in der nächsten Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«.

Arbeitsmarktpolitik

Auf Einladung des ver.di Erwerbslosenausschusses Uckermark-Barnim findet am 30. August um 10 Uhr im Bürgerzentrum des Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel (Schorfheidestraße 13) eine öffentliche Gesprächsrunde mit Erwerbslosen sowie lokalen und regionalen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik statt.

Inhaltlicher Schwerpunkt sind die aktuellen Veränderungen im Sozialgesetzbuch II (Hartz IV). Dazu gehören Probleme bei deren Umsetzung, insbesondere bei der Wiedereingliederung von Langzeiterwerbslosen, der öffentlichen Beschäftigungsförderung, den Kosten der Unterkunft (KdU) und die Auswirkungen für die Betroffenen. Auch die Rolle der Trägerversammlung und des Beirates im Jobcenter Barnim, insbesondere zur Interessenwahrnehmung von Erwerbslosen, soll besprochen werden. Schließlich soll auch über die Probleme im Zusammenhang mit dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket diskutiert werden.

Als GesprächspartnerInnen agieren Michael Mader, Geschäftsführer des Jobcenter-Barnim, Angelika Kahl, Leiterin der Stabsstelle SGB II in der Kreisverwaltung Barnim sowie Evelyn Räder Referentin für Arbeitsmarktpolitik- und Beschäftigungspolitik in der ver.di Bundesverwaltung, Berlin.

Interessierte sind herzlich eingeladen.

Wir bitten um Beachtung: Während der Gesprächsrunde findet keine Einzelfallberatung statt.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des ver.di Erwerbslosenausschusses Uckermark-Barnim

Der Bauer und der Kobold

Ein Bauer war seines Kobolds ganz überdrüssig geworden, weil der allerlei Unfug anrichtete. Doch mochte er es anfangen, wie er immer wollte, so konnte der Bauer ihn nicht wieder loswerden.



Zuletzt ward er Rats, die Scheune anzustecken, wo der Kobold seinen Sitz hatte, und ihn zu verbrennen. Deswegen führte er erst all sein Stroh heraus, und bei dem letzten Karnn zündete er die Scheune an, nachdem er den Geist wohl versperrt hatte.

Wie sie nun schon in voller Glut stand, sah sich der Bauer von ungefähr um. Siehe! Da saß der Kobold hinten auf dem Karnn und sprach: »Es war Zeit, daß wir herauskamen! Es war Zeit, daß wir herauskamen!«

Mußte also wieder umkehren und den Kobold behalten.

Quelle: Deutsche Sagen, Jacob Grimm, Wilhelm Grimm (Brüder Grimm), Kassel 1816/18, Nr. 72
Aus der Sagensammlung von BERND MÜLLER

Energiewende von unten

Verein Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg gegründet

Am 30. Juni gründete sich der Verein Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg. Sein Ziel ist die Beratung von Kommunen besonders im ländlichen Raum, welche sich für eine nachhaltige und umweltschonende Energiewende einsetzen und diese aktiv gestalten wollen. »Dieser Schritt ist sehr bedeutsam für eine Energiewende von unten in Brandenburg« betont der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt (Die Linke). Er gehört auch zu den Gründungsmitgliedern. Sehr wichtig ist die Schaf-

fung von Wertschöpfungsketten durch Nutzung der erneuerbaren Energien in den Dörfern und die persönliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger. »Dadurch steigt die Akzeptanz gegenüber den Anlagen zur Erzeugung der erneuerbaren Energien, nicht zuletzt weil der Gewinn im Ort bleibt.« Initiativen wie Bürgervereine oder Genossenschaften, die entsprechende Anlagen betreiben, sind zu unterstützen. Luthardt wird die Arbeit des neuen Vereins befördern und aktiv mitarbeiten. JANA MULEMBA

Der Ausbau der Verkehrswege

oder wie man ganz legal Steuergelder verschwendet

Bundesverkehrsminister Ramsauer will nur noch Verkehrswege mit hohem Verkehrsaufkommen ausbauen. Klingt vernünftig! Warum hat der Verkehrsminister des Landes Brandenburg etwas dagegen? Klar, er will, daß der Bund in Brandenburg baut. Daß es hier den Bedarf gar nicht gibt, gibt er nur ungern zu. Erstmal ausbauen, der Verkehr wird schon kommen.

Offiziell gilt der Grundsatz: Wasserwege sind besser als Schienen und die sind besser als Straßen. Auch das ist vernünftig, oder? Also muß man doch den Wassertransport fördern und – natürlich – Wasserwege ausbauen, wo sie gebraucht werden. Zu blöd aber auch, daß die Wirtschaft die gar nicht will und braucht!

Schienentransport muß Vorrang haben vor Straßentransport. Entsprechend muß die Förderung aussehen. Hier ist die kluge Politik der Regierung gefragt. Das ist die Theorie.

Kommen wir zur Praxis. Die Industrie ist am Wassertransport nur wenig interessiert. Dem Schienentransport geht es ähnlich. Ein LKW ist schneller und kann zielgenauer liefern. Wer nun meint, der Verkehrsminister macht kluge Politik, dem nenne ich mal ein paar Beispiele:

Der Rhein-Main-Donaukanal kostete Milliarden. Wirklich gebraucht wurde er nicht, aber es gab da die Lobby der Kanalbauer. Die wollten für Steuergeld bauen und verdienen. Diese Lobby war auch am Werk, als es darum ging, den Oder-Havel-Kanal auszubauen und ein neues Schiffshebewerk in Niederfinow zu errichten, obwohl nach dem Ausbau nicht mehr Güter zu transportieren sind als vorher. Also am Bedarf vorbei geplant und gebaut! Auch der Minister merkte das jetzt. Nun wird's wohl nichts mehr werden mit dem Ausbau der noch nicht ausgebauten Kanalabschnitte. Viele Millionen sind in den märkischen Sand gesetzt.

Einige wenige Eisenbahnstrecken werden aufwendig saniert, wie z.B Berlin-Cottbus, aber wohl weniger für den Güterverkehr. Dafür braucht man keine Hochgeschwindigkeitsstrecken. Gleichzeitig werden angeblich unwirtschaftliche Schienenwege entweder stillgelegt oder privatisiert. Das Gedöns: »Von der Straße auf die Schiene« ist eben nur Theorie.

Also alles Geld in den Straßenbau? Nicht alles sage ich, und nur in Straßen die wirklich gebraucht werden. Die sog. »Telekomstraße« zwischen Finow und Biesenthal für den zwischenörtlichen Verkehr mit geringer Tonnage ist so ein Beispiel. An der B 167 neu zwischen Finowfurt und Eberswalde wird seit 1995 geplant und irgendwann jetzt soll mit der Planfeststellung begonnen werden. Gebraucht wird die Straße nicht, jedenfalls nicht wirklich und schon gar nicht diese Nordvariante. Sie wird uns nicht entlasten, nicht in Eberswalde und nicht in Finowfurt – im Gegenteil! Aber sie wird Ortsumfahrung genannt, das klingt gut, obwohl sie keine ist. Jetzt regt sich Widerstand in der Clara-Zetkin-Siedlung. Die Siedler sammeln Unterschriften für Lärmschutzmaßnahmen, die sie nicht bekommen werden. Eine kleine aber laute Lobby will diese Straße haben und die Autobahnabfahrt soll dann natürlich »Eberswalde« heißen. Der Bund macht Lobbypolitik und das Land macht mit. Es sind schon Millionen verplant. Wir müssen endlich bauen, damit die Planung nicht für die Katz war, so tönen die Unverbesserlichen. Wäre es nicht klüger, die vielen Millionen Baukosten zu sparen und vernünftige echte Umgehungen zu bauen?

Sparen, was ist das? Haben wir das nötig? Gerade wurde eine wunderbar intakte Straße – kleine Schäden waren kaum zu entdecken – frisch abgehobelt und neu asphaltiert. Es handelt sich um den Abschnitt der B 167 zwischen Finowfurt und Marienwerder. Das war so geplant, also wird es gemacht. Dafür hat die Baulobby gesorgt. Geld spielt keine Rolle!

Strategisch kluge Verkehrspolitik, auch unter ökologischen Gesichtspunkten, seriös und bedarfsorientiert, sparsam und bürgernah – die haben die Herren Verkehrsminister nicht gelernt, und im übrigen regiert die allmächtige Lobby. Aber wir sollten uns nicht beschweren. Die Mehrheit hat doch die Parteien gewählt, von denen diese Minister ihre Posten bekommen haben. Wir haben unsere Stimme bei der Wahl abgegeben! Und wir werden daraus kaum lernen, oder etwa diesmal doch?

JOHANNES MADEJA

Eine Krumme Gurke in Eberswalde

Übersichtlichkeit

Als ich das erstmal von dem Regionalladen erfahre, stehe ich vor einem auffälligen Plakat im Foyer des Campus' der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Es ist weniger jenes dezente Gelb der Plakatgrundfarbe, denn mehr der viele Platz, die Reduktion auf das Wesentliche. Eine Eigenschaft, die mir später wieder begegnen wird. Die einfache und klare Botschaft des Plakates lautet: »regional + saisonal« und »erzeugernah + ökologisch + transparent + verantwortungsbewußt«. Natürlich gehöre ich als Student einer »grünen Hochschule« zur Zielgruppe. Unweigerlich sinniere ich über eine zukunfts-trächtige stabile Wirtschaft mit (möglichst) regionalen und geschlossenen Kreisläufen. Neugierig beschließe ich für den nächsten Tag einen Besuch des Ladens »Krumme Gurke«.

So nah, so besonders

Strategisch günstig gelegen zwischen Stadt- und Waldcampus der Fachhochschule, gibt es hier im Wohn-Quartier in der Ruhlaer Straße /Ecke Weinbergstraße keine weiteren Einkaufsmöglichkeiten. Bekanntheit und Kundentamm wachsen langsam aber stetig. Noch befindet sich der nur etwas mehr als 20 qm große Laden von Natalie Franz in der Startphase. Neben Empfehlungen, Flyern und Plakaten trägt auch sicher der Zeitungsartikel der Regionalpresse zur Bekanntheit bei. So brachte der Artikel sogar einen neuen Kontakt zu einem hiesigen Lieferanten für Kalbsfleisch. Einen anderen Kontakt vermittelte ihr ein Kunde, so daß es auch Tee im Angebot geben wird. Aber auch die aktive Suche der Ladeninhaberin nach regionalen Produkten schafft eine Nachfrage, die bei den Erzeugern nachhaltig wirkt – so steigt die Zahl der Produktangebote.

Die meisten von Natalie Franz' Lieferanten befinden sich innerhalb eines Radius' von einer gefühlten halben Autostunde. Einige sitzen direkt hier in der Stadt. Jeder freut sich über einen (weiteren) Vertriebskanal, und die Kunden freut's, daß sie hier nicht nur hochwertige

Grundnahrungsmittel bekommen. Denn im Sortiment finden sich zahlreiche Spezialitäten wie Biersenf aus Wandlitz, feiner Kräuteresig oder Schlehenlikör aus Danewitz. Ebenso empfehlenswert sind zur Weihnachtszeit die Dominosteine einer Eberswalder Feinbäckerei. Im Supermarktregal wird man eine feine Auswahl dieser Art und Qualität vergeblich suchen.

Leichter als gedacht

Neben all den notwendigen Recherchen, ging der Ladeneröffnung eine intensive ca. dreimonatige Vorbereitung voran. Das erforderliche Fachwissen hielt sich in überschaubaren Grenzen – ein wenig Lebensmittelhygiene, Einnahmen-Überschuß-Rechnung und Wissen um der Handelsklassen. Bei letzterem sind die Behörden recht pingelig. Was für das Wissen gilt, gilt hier auch für Finanzierung. Frau Franz mußte nicht einmal einen Kredit aufnehmen. Etwa vierzig Prozent kamen als Förderung vom Jobcenter und der Rest aus privater Tasche. Die größte Investition, finanziell wie auch räumlich, ist ein Faßkühler im Hinterraum. Dieser dient eigentlich der Aufnahme von sechzehn Bierfässern, ersetzt hier aber eine Kühltruhe als Vorratslager. In einem Lebensmittelgeschäft offenbart das Raumwunder eben ganz andere Talente. Der Laden selbst befindet sich in einer ehemaligen Fleischerei. Die floralen Motive seiner 120 Jahre alten Wandkacheln verleihen ihm eine ganz besondere Ästhetik.

Perspektiven im Wandel

Angefangen hat alles damit, daß Natalie Franz und ihr Freund vergeblich nach deutschen Zwiebeln suchten. Und so fuhren sie übers Land, von Dorf zu Dorf, um sie zu finden. Allerdings fanden die beiden noch sehr viel mehr. Das Land offenbarte seinen kulinarischen Reichtum. Am Ende des Studiums »Landschaftsnutzung und Naturschutz« tat sich eine wahre Alternative auf – Nachhaltigkeit zum anfassen. Denn kurze Wege und Kleinhersteller seien ihr sehr wichtig. Die Idee für den Laden war geboren.

Was den Namen des Regionalladens betrifft: »Krumme Gurke« kommt nicht von ungefähr. Wie heute alles nur erdenkliche durch die EU genormt ist, so war es auch einst die Gurke. Eine EU-Regelung schrieb für die Norm-Gurke eine Krümmungsgrenze vor. Dieser Unsinn hat immerhin für dieses Gemüse ein Ende. Dafür möchten Natalie Franz und ihr Freund ein Zeichen setzen: »Die krumme Gurke setzt sich durch!« Was zählt, ist naturbelassene Qualität. Und die kann man eben schmecken.

Made in Barnim

Es ist eine einfache, aber wirkungsvolle Idee: Ein Laden, der ausschließlich regionale Produkte verkauft. Er ist resilient, also stabil gegenüber äußerer Störungen. Solch eine Störung könnte eine Ölkrise sein, wie wir sie Anfang der 1970er Jahre hatten, oder spätestens wenn in naher Zukunft der Ölpreis in schwindelerregende Höhe schnell. Denn dann kann eine Supermarktkette keine Kartoffeln mehr aus Ägypten und Paprika aus Israel zu einem Spottpreis anbieten. Aber schon heute ist eine Renaissance regionaler Produkte wahrzunehmen – auch wenn diese nicht ganzjährig verfügbar sind.

Desweiteren ist solch ein Geschäft äußerst nachhaltig in sozialer, ökologischer wie auch ökonomischer Hinsicht. Fast die gesamte Wertschöpfungskette befindet sich im Landkreis Barnim. Schenkt man jedem Glied dieser Kette die nötige Aufmerksamkeit, so zeigt sich, daß eine Liaison zwischen Erzeugung, Verarbeitung/Veredelung, Dienstleistung und Handel ein erhebliches Potential für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum bietet. Kurze Wege wohin man schaut, auch nach Haus. Vom Laden aus sind es für Natalie Franz nur zwei Minuten zu Fuß – ein echter Heimvorteil.

SILVIO VOLKMANN

»Krumme Gurke«, Inhaberin: Natalie Franz
Ruhlaer Straße 1, 16225 Eberswalde
krummegurke@freenet.de, Tel. 0152/02819540

»Neue Energie in Bürgerhand«

Schwedt (bbp). Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt am 16. August, 19 Uhr, im Podium der Uckermärkischen Bühnen in Schwedt (Berliner Str. 46-48, 16303 Schwedt/Oder) den Film »Neue Energie in Bürgerhand« (2010, 30 Min., Regie: Bernd Schoch. Eine Produktion von Noifilm im Auftrag von Bündnis90/Die Grünen). In einer anschließenden Podiumsdiskussion diskutieren die Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm und Stephan Kühn mit dem Schwedter Bürgermeister Jürgen Polzehl, dem Geschäftsführer der Stadtwerke Schwedt helmut Preuß und Johannes

Niedeggen vom Gut Kerkow über »Erneuerbare Energien als Wirtschaftsmotor für strukturschwache Regionen«.

Laut FORSA-Umfrage würde es die Bevölkerung mehrheitlich begrüßen, wenn sich die Politik stärker für erneuerbare Energien engagierte. Denn damit würden die Energiekosten sinken und Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der eigenen Region entstehen. Teure Energieimporte aus dem Ausland werden unnötig.

»Neue Energie in Bürgerhand« – ein authentischer Dokumentarfilm als Impuls für zukunftsweisende Gespräche. BürgerInnen und Macher

der Erneuerbare-Energie-Kommunen Zschadraß (Sachsen), Dardesheim (Sachsen-Anhalt) und Wildpoldsried (Bayern) berichten von ihrem finanziellen Erfolg und dem Gewinn an Lebensqualität. Ihr Beispiel macht Mut, sie zeigen, wie die Umstellung gehen kann.

Die grüne Bundestagsfraktion zeigt den Film im Rahmen ihrer Sommertour durch Ostdeutschland. In Schwedt sollen dabei Fragen zur Energieversorgung der Zukunft diskutiert werden: Welche Potentiale haben erneuerbare Energien für die Kommunen? Wie können ökologische und soziale Ziele gemeinsam erreicht werden? Was wurde bereits erreicht und welche weiteren Schritte in »Richtung Zukunft« können die Menschen vor Ort unternehmen?

Offenes Denkmal

Eberswalde (prest-ew). Am 11. September 2011 öffnen sich anlässlich des Tages des offenen Denkmals auch in Eberswalde Pforten – zu nicht alltäglichen Einblicken.

So lädt Bürgermeister Friedhelm Boginski zu zwei Führungen (10 und 11.30 Uhr) durch das Rathaus ein. Mit der Tresortür öffnet sich dann die schwerste Tür des alten Gemäuers, mit der Arrestzelle eine nicht minder sichere, die jedoch längst außer Nutzung ist. Interessant ist der Gang durch den Neorenaissancebau in jedem Fall, denn auch die Säule mit den Vorlagen für die frisch rekonstruierten Reliefplatten am Barockhaus in einem separaten Treppenhause wird Friedhelm Boginski zeigen.

Zur gleichen Zeit (10 und 11.30 Uhr) öffnet Architekt und Bauherr Thomas Winkelbauer das Tor zur Besichtigung der Baustelle historischer Speicher Salomon-Goldschmidt-Straße. Treffpunkt ist an der Hofzufahrt Schweizer Straße.

Im Museum in der Adler-Apotheke präsentiert in der Sonderausstellung »Medizin trifft Geschichte« Kuratorin Dr. Kristina Hübener um 13 Uhr in einer Führung die Exponate und Recherchen. Um 14 Uhr folgt der Vortrag »Theodor Göecke und die Bauaufgabe des kleinen Krankenhauses - Das Beispiel des Auguste Victoria Heims in Eberswalde« mit Dipl.-phil. Ilona Rohowski, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum. Die Sonderausstellung »Medizin trifft Geschichte« ist noch bis zum 17. September zu sehen. Weitere Vorträge sind vorgesehen:

17. August, Dr. Albert Gröger, Chefarzt der Klinik für Neurologie im Martin Gropius Krankenhaus: Schlaganfall – Zeit ist Hirn!

24. August, PD Dr. Hartmut Goos, Chefarzt der Medizinischen Klinik II, Werner Forßmann Krankenhaus: Geschichte des Herzkatheters

7. September, Dr. Christoph Arntzen, Chefarzt der Klinik für Innere Medizin, Krankenhaus Angermünde: Erholsamer und gestörter Schlaf - Diagnostik und Therapie schlafbezogener Erkrankungen

14. September, Dr. Angelika Grimmberger, Chefarztin der 1. Psychiatrischen Klinik, Martin Gropius Krankenhaus: Was ist schizophran?

Die Vortragsabende beginnen jeweils um 18 Uhr und finden direkt am Ausstellungsort im Nordflügel statt. Jeweils eine Stunde vor Beginn der Vorträge wird die Kuratorin Dr. Kristina Hübener durch die Sonderausstellung führen. Der Eintritt ist kostenfrei.

Die Ausstellung, deren Zustandekommen durch die Unterstützung der GLG möglich wurde, entstand in Kooperation mit der Arbeitsstelle Medizingeschichte am Historischen Institut der Universität Potsdam, der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V., dem Kreisarchiv Barnim, dem Institut für Geschichte der Medizin im Zentrum für Human- und Gesundheitswissenschaften der Charité Berlin sowie dem Kloster Chorin.

Ohne Geburtstag geboren

»Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben« – eine Rezension

Die Teilung Deutschlands war das Ergebnis des verlorenen »Totalen Krieges«, der mit einer bedingungslosen Kapitulation der faschistischen Generäle in Karlshorst am 8. Mai 1945 zu Ende ging. Die Anti-Hitlerkoalition im 2. Weltkrieg war aus Sicht der westlichen Alliierten ein temporäres, zielorientiertes Bündnis. Keineswegs wurden die grundlegenden Widersprüche zwischen den vom Großkapital bestimmten Strategen der Westmächte und der Sowjetunion mit dem Sieg über das faschistische Deutschland überwunden. Es begann nur eine neue Ära.

In den Vertretern der im Westen Deutschlands geballten Potentiale der alten Konzerne und des Finanzkapitals fanden die konservativen Kräfte der USA und Großbritanniens hörige Helfer, um eine neue Front gegen den Klassengegner – die sich ausbreitende kommunistische Bewegung in Europa – zu schaffen. Mit Hilfe einer geheimen Diplomatie wurden die von der Sowjetunion ausgehenden Bestrebungen zur Erhaltung eines einheitlichen Deutschlands hintergangen und schon seit 1945 systematisch auf die Teilung hingearbeitet. Der »Kalte Krieg« wurde mit der »Truman-Doktrin« aus der Taufe gehoben. Was in deren Folge geschah, ist schon in vielen Veröffentlichungen dargelegt worden. Der Gipfel des Prinzips »Teile und herrsche«, wenn auch nur in einem Teil Deutschlands, war die Ausrufung des Staates BRD mit dem anmaßenden Anspruch, identisch mit dem Staat »Deutsches Reich« zu sein. Im Gegensatz dazu entstand auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone 1947 die Volkskongreßbewegung. Aus ihr formierte sich im März 1948 der erste Deutsche Volksrat mit gewählten Mitgliedern aus allen 4 Besatzungszonen. Tausendvierhundert Delegierte des Dritten Deutschen Volkskongresses wählten den 2. Deutschen Volksrat. Dieser erklärte sich am 7. Oktober 1949 zur provisorischen Volkskammer der DDR.

Beide Staaten entwickelten sich in der Folgezeit »ohne volle Souveränität« gesellschaftlich diametral entgegengesetzt. Mit dem Eintritt in die Militärbündnisse der NATO und des War-

schaer Vertrages 1956 hörte auch die Demarkationslinie auf, zwischen den Besatzungszonen West und Ost, »immerdeutsche« Grenze zu sein. Zwei Militärböcke, wie sie gewaltiger und unterschiedlicher in ihrer Zielstellung nicht sein konnten, standen sich in Deutschland gegenüber. Bis zum 13. August 1961 waren dazu die innerstädtischen Grenzen zwischen den Sektoren Berlins völlig offen. Jederzeit konnten auf Transitwegen Waren und Menschen ungeprüft passieren. Nach dem »Roll-Back«-Prinzip wurde diese Möglichkeit von ruchlosen Organisationen und Einzelpersonen in der BRD und Westberlin genutzt und keine Chance ausgelassen, der jungen DDR zu schaden. Die friedliche Aufbauarbeit für ein neues sozialistisches Land als Basis eines zukünftigen, einheitlichen ganzen Deutschlands ohne Ausbeutung und Expansionsinteressen mußte gestoppt werden. Dafür war jedes Mittel recht und keine D-Mark zu schade. Selbst kriegerische Auseinandersetzungen incl. Atombomben wurden ins Kalkül westdeutscher und US-amerikanischer Militärstrategen gezogen. Diesem Treiben sollte mit der Maßnahme einer festen physischen Einrichtung (Mauer) ein Ende gesetzt und kriegerische Handlungen verhindert werden.

Die Autoren des Buches »Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben«, Armeegeneral a.D. Heinz Keßler und Generaloberst a.D. Fritz Strelitz, (ISBN 978-3-360-01825-0, www.edition-ost.de) legen als Zeitzeugen offen dar, wie es sich zu jener Zeit wirklich zutrug. Wer aus dem Munde dieser beiden Männer hören will oder auch gern Fragen beantwortet haben möchte, kann sich am 18. August, ab 17 Uhr, in Strausberg, im STIC, in der Garzauer Chaussee, zur öffentlichen Veranstaltung des RotFuchs-Fördervereins e.V. einfinden und vielleicht noch einiges mehr erfahren.

Weiterhin verweise ich auf die Möglichkeit zur Teilnahme an einer Leserversammlung der Zeitschrift »Rotfuchs« am 15. September, 15 Uhr, in der Freien Oberschule in Finow, Biesenthaler Straße.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

»Von der Freiheit, die Mauern überdauert«

Am 13.8.61 wurde mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen. Wir wollen diesen Anlaß nutzen, um an den 50. Jahrestag des Berliner Mauerbaues zu erinnern. Wir wollen den fast 900 Todes-Opfern an innerdeutschen Grenzanlagen gedenken.

Nach unserer Überzeugung bergen oft gutgemeinte, sozialpolitische Entscheidungen die Gefahr in sich, über kurz oder lang die wirtschaftliche und zugleich die politische Freiheit zu zerstören. Es bleibt ein übermächtiger Staatsapparat, alle müssen nach seiner Pfeife tanzen.

Freiheit jedoch ist die Voraussetzung für nachhaltigen Wohlstand, und nur in Freiheit kann der Einzelne selbst sein Schicksal bestimmen. Damit entsteht eine vielfältige, bunte Gesellschaft ohne politische Diskriminierung und ohne Einschränkung der Reisefreiheit.

Seit 20 Jahren ist die DDR-Diktatur beendet und dafür sind wir dankbar. Daher werden wir uns in Eberswalde weiterhin engagieren: Für mehr Mut, für mehr Engagement und für mehr Eigenverantwortung!

STEPHAN FISCHER,
Vorsitzender FDP-Ortsverband Eberswalde

Sommertour 2011 durch den Barnim

Ein kurzer Rückblick nach Vorne

von Dr. Michael Luthardt

In diesem Jahr wählte ich eine etwas andere Form der zweiwöchigen Tour durch meinen Wahlkreis. Meine Kolleginnen Dagmar Enkelmann, Sabine Stüber und Margitta Mächtig zogen wie schon seit über zehn Jahren gewohnt mit Tisch, Gartenstühlen und Sonnenschirm zur Sprechstunde unter freiem Himmel übers Land und hatten viele interessante Begegnungen mit Bürgerinnen und Bürgern. Da ich jedoch ständig mit dem Bürgermobil unterwegs bin, wollte ich neben dem Bewährten auch etwas Neues wagen. Meine Mitarbeiterinnen und ich wählten Betriebe, Vereine, Kommunen und andere Institutionen aus, die ich besuchen wollte. Zwei Dinge waren mir dabei wichtig: ich wollte dort Begegnungen suchen, wo ich sonst kaum hinkomme und ... mir Zeit nehmen.

Um es vorweg zu nehmen: Meine Erwartungen haben sich voll und ganz erfüllt. Ich merkte bei den Besuchen, daß sich meine Gesprächspartner sehr überrascht und erfreut zeigten, daß sich ein Politiker die Zeit für ihre Belange nimmt. Nirgends Voreingenommenheit oder Distanz. Meist war nach wenigen Sätzen das Eis gebrochen. Für mich waren es viele wichtige Eindrücke und Erkenntnisse, ohne die ich mir meine Arbeit als Abgeordneter im Landkreis oder im Landtag nicht vorstellen kann.

Ein besonderer Schwerpunkt waren die Besuche bei landwirtschaftlichen Betrieben, sowohl konventionellen als auch ökologisch produzierenden. Das Verbindende war überraschend – es gibt so viele Übereinstimmungen zwischen beiden Produktionsweisen und die Frage der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe (die im Landtag immer wieder diskutiert wird) spielte überhaupt keine Rolle. Die Verbindung des Landwirts (leider waren es nur Männer) zum Boden und zum Tier ist wohl das Entscheidende. Ein Landwirt sagte: »Wenn das Tier nur als Fleisch oder Milch produzierende Maschine angesehen wird, dann stimmt etwas nicht. Oder wenn der Boden nur als Kapitalanlage dient. Ein Bauer muß Achtung vor der Schöpfung haben, ob er an Gott glaubt oder nicht.« Wie wahr!

Überall spielte natürlich das Wetter eine wesentliche Rolle. Alle Landwirte sagten, sie hätten solche Witterungsextreme wie in diesem Jahr noch nicht erlebt und wir müßten uns schnellstens Gedanken über alternative Bewirtschaftungsweisen machen. Darum war der Besuch bei dem Landwirt im Nebenerwerb Branding in Bölkendorf so aufschlußreich. Er bewirtschaftet die Flächen seines klassischen Familienbetriebs seit über 15 Jahren pfluglos. Für ihn ist das wirtschaftlich interessant, aber es bringt auch dem Boden Gutes. Das Wasser wird in der stärkeren Humusschicht besonders im Frühjahr länger gehalten und es gibt mehr Regenwürmer als Indikatoren für gesunden Boden.

Das Bemühen, die Betriebe über alle Klippen zu schiffen, zeigt sich im Achtung gebietenden Engagement der Landwirte. Einige sagten, daß sie liebend gerne auf Subventionen verzichten würden, wenn für Lebensmittel normale Preise erzielt und auch die Bauern davon profitieren würden. Bei Holger Lampe in Trampe spürte ich viel Erfahrungen mit dem Metier und Bodenständigkeit. Im Gut Lanke lernte ich Vater und Sohn als Betriebsleiter eines



Schweinezuchtbetriebes kennen. Dort wird die Sau noch richtig raus gelassen! Und trotzdem kann von kleinbäuerlicher Wirtschaft nicht geredet werden. Aber dem Tier geht es gut, augenscheinlich. Im Milchviehbetrieb Klosterfelde mühen sich die Geschäftsführer darum, den Tierbestand zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern.

In Brodowin konnten wir zusammen mit unserer Umweltministerin Anita Tack, meiner Kollegin Kirsten Tackmann aus dem Bundestag und der Bundestagsabgeordneten Sabine Stüber die gelebte Dreifaltigkeit von Ökonomie, Ökologie und sozialen Belangen im größten und bekanntesten Biobetrieb Brandenburgs erleben. Seit 20 Jahren steht dieser Betrieb wirtschaftlich gut da und investiert, kümmert sich auch um behinderte Arbeitskräfte und mehrt die Bodenfruchtbarkeit.

Aber auch der Besuch im Regionalpark Barnim in Blumberg war ein Höhepunkt. Hier arbeiten Menschen seit Jahren ohne feste Anstellung in verschiedenen Arbeitsförderungsmaßnahmen und vollbringen im Stillen tolle Leistungen. Wege werden gebaut, beschildert, Hecken gepflanzt, Parks gepflegt usw.. Hier sind wirklich Heldinnen und Helden der Arbeit am Werke. Wir dürfen die Regionalparke nicht vergessen!

Eine Wiederentdeckung war für mich Stolzenhagen (Foto), der am weitesten abseits gelegene Ort meines Wahlkreises, tief in der

Uckermark (aber noch Landkreis Barnim!), direkt an der Oder. Der Geologische Garten, der nur ehrenamtlich bewirtschaftet wird, ist eine Perle. Mit dem Vereinsvorsitzenden Püschel diskutierte ich neue Projekte und bot Hilfe an. Und ich werde die Werbetrommel rühren! Völlig platt war ich über die Initiativen im Gutshof – hier leben und arbeiten Familien seit rund 10 Jahren nach nachhaltigen Prinzipien. Wer weiß schon, daß hier Jahr aus Jahr ein ein internationales Tanzseminar stattfindet und, was ich vor allen Dingen beachtenswert finde, die Dorfbewölkerung einbezogen wird. Hier war ich nicht zum letztenmal.

Und – als Sahnehäubchen sozusagen – die einzigartige Landschaft und Natur des Barnims bzw. der Uckermark gab die beschwingt sommerliche Begleitung. Ob am Stadtrand von Berlin die herrlichen Feldfluren und Alleen, die Seen und Hügel um Chorin und die Hänge an der Oder bei Stolzenhagen – es lohnt sich, genauer hinzuschauen. Und noch verträumte Orte mit viel schön erhaltener Bausubstanz. Daß der Naturtourismus eine ganz wichtige Säule der Entwicklung ist, sehen mittlerweile alle Amtsdirektoren und Bürgermeister genauso. Und wir haben noch riesige Potentiale! Das wurde beim Gespräch im Historischen Bahnhof Chorin zum Abschluß deutlich.

Für mich steht fest – diese Form der aktiven Sommerpause findet im nächsten Jahr eine Fortsetzung. Es gibt noch Viel zu entdecken.

Vor 60 Jahren: III. Weltfestspiele Berlin 1951

Im August blüh'n die Rosen...

Offizielle Geschichts-»Aufarbeitung« hat im August 2011 Hitlers »Friedensolympiade« 1936 (Rassengesetze, Wehrpflicht, Rüstung) zum Gegenstand – inklusive Riefenstahls Agitfilm, sodann den »Mauerbau« am 13. August 1961. Der war von der DDR-Führung nicht gewollt, sondern durch den Kalten Krieg erzwungen. Doch wird nur gegen sie allein der Vorwurf unterbundener Freizügigkeit erhoben. Fünfzehn Jahre nach der Olympiade, zehn Jahre vor dem »Mauerbau«, hatte sich Berlin während der III. Weltfestspiele als friedlich, gastfrei und weltoffen erwiesen. Doch war das Fest in die Strudel des Kalten Krieges geraten: Seit Juni Verbot für FDJ und Festivalkomitee in der BRD, Paßverweigerung, Reise- und Durchreiseverbote für Teilnehmer vor allem in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs.

Adenauer (»Zwangsaufmarsch«) und Washington (»kommunistische Propagandaveranstaltung«) wollten eine internationale Aufwertung der »Zone« verhindern. US-Botschaften und Besatzungsbehörden betrieben eine Kampagne gegen das attraktive internationale Sommerfest. Tagelang wurden 2.000 Jugendliche aus westeuropäischen Staaten in Österreich festgehalten. Die NATO-Staaten, die später fehlende Reisefreiheit im Osten beklagten, haben damals massive Reiseverbote erlassen. So verbot die römische Regierung zeitweise generell die Ausreise in die »Ostblockstaaten«. Vergeblich. Die Präsenz von Italienern in Berlin war gar nicht zu überhören, als in einem der überfüllten S-Bahnwagen am Treptower Park lauthals das Partisanenlied (»Bella ciao«) erklang.

Bis 1945 – das lag erst 6 Jahre zurück – hatten große Teile der europäischen Jugend an den Fronten oder in der Illegalität im opferreichen Kampf gegen die deutschen Faschisten gestanden. Das war 1951 nicht vergessen. Die Jugendorganisationen, die 1945 den Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ) gründeten, repräsentierten vor allem die Schichten der Jugend, die aus dem Widerstand kamen. Nun kamen ihre Vertreter im Geiste des WBDJ-Gründungsschwur, von weltweiter Solidarität »der Jugend aller Rassen, aller Hautfarben, aller Nationalitäten und aller Religionen«, von Antifaschismus und Antirassismus. An den ersten Festivals in Prag und Budapest hatten kaum Jugendliche aus dem besetzten Deutschland teilgenommen. Der Auftrag, das Fest zugleich mit den Akademischen Sommerfesten der Studentenverbände in Berlin auszurichten, ermöglichte der deutschen Jugend erstmals nach dem Krieg die Begegnung in großer Breite mit Vertretern der demokratischen Weltöffentlichkeit.

Sozusagen als organisatorische Blaupause vereinte im Mai 1950 das (1.) Deutschlandtreffen 750.000 Teilnehmer. Die Ausrichtung des Festivals im schwer zerstörten Berlin erforderte eine ungeheure organisatorische und Aufbauleistung des kleinen Landes, das wegen der inzwischen erfolgten Spaltung auf die geringen ostdeutschen Ressourcen angewiesen war. Im Jahr 1950 entstanden in Berlin Sportstätten wie das Stadion der Weltjugend, Sporthallen, das Schwimmstadion in Pankow, die Pionierrepublik in der Wuhlheide. In der Innenstadt – zu weiten Teilen eine Ruinenlandschaft – begann der Wiederaufbau (z.T. noch als Trümmerberäumung).

Der Autor dieser Zeilen nahm als Dreizehnjähriger – unter 20.000 Jungen Pionieren aus der DDR – am Festival teil. Die Fahrt aus der Altmark nach Berlin (Reisezeit »normal« knapp 2 Stunden) über das rudimentäre Schienennetz in Viehwaggons mit Strohschüttung dauerte fast drei Tage. Verpflegungsbeutel mit reichlich bemessenen Tagesrationen sicherten die Versorgung auch an den folgenden Tagen in Berlin. Rückgrat der Organisation war die hierarchische Gliederung einer fiktiven, am 12. August dann auch realen Großdemonstration: Länderdelegation – Kolonne – (Marsch)Block. Über die Kontaktstellen dieses Systems, das auf der Teilnehmerkarte vermerkt war, erhielt man Quartier, Verpflegung, je nach Wunsch (und Möglichkeit) gratis Eintrittskarten für Veranstaltungen mit limitierter Teilnehmerzahl, Informationen aller Art sowie Rückfahrtplatz. Es ließ den Teilnehmern freie Wahl, eigene Wege zu gehen einschließlich Verzicht auf Gemeinschaftsveranstaltungen wie der Demo. Natürlich regelten die meisten Teilnehmer ihre Tagesabläufe spontan nach eigenem Interesse, wie es vielfältige Veranstaltungen und zufällige Zusammentreffen mit Gästen aus In- und Ausland mit sich brachten.



20-Francs-Schein von 1949 mit der Widmung einer französischen Teilnehmerin: »Vive les pioniers. Amitié au peuple allemand. H. Fumeron.«

Die Reiseverbote wirkten nur begrenzt. 26.000 junge Gäste aus 104 Ländern waren in Berlin, dazu kamen 35.000 Teilnehmer aus der Bundesrepublik und mehr als eine Million aus der DDR, die – in zwei »Durchgängen« von je einer Woche – kostenlos befördert, beköstigt, in Gemeinschaftsunterkünften aller Art und in 100.000 Privatquartieren beherbergt wurden.

Die politische Lage in der Welt hatte sich seit 1945 stark verändert. Die Anti-Hitler-Koalition war zerbrochen, der Kalte Krieg in seine akute Phase eingetreten: 1948/49 Spaltung Deutschlands und Berlins, Gründung der NATO, beginnende Wiederaufrüstung Westdeutschlands und Japans. Seit 1946 antikolo-

nialer Krieg in Indochina gegen Frankreich, seit 1949 Befreiungskampf gegen Briten und Holländer um eine einheitliche Republik Indonesien, 1950 Ende des Bürgerkriegs und Gründung der Volksrepublik in China, seit 1950 Koreakrieg. Ab 1947 verfügte die UdSSR wie die USA über die A-Bombe, es folgten Tests der H-Bomben. Die Gefahr eines atomaren Krieges zeichnete sich ab. 1950 forderte der Weltfriedensrat, dessen Präsident der französische Kernphysiker Joliot-Curie war, die Ächtung der Atomwaffen. Weltweit sammelten vor allem Jugendorganisationen Unterschriften unter diesem »Stockholmer Appell«. Symbol der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung wurden Picassos Entwürfe der Friedenstaube, ein Motiv des Festival-Emblems. Die »Weltfestspiele der Jugend und Studenten für den Frieden« waren Bestandteil des Ringens um Frieden, ein Gegenentwurf zur Nazi-Olympiade.

Die zwei Augustwochen (5.-19. 8. 1951) waren als kultureller Höhepunkt und als Sport-Großereignis konzipiert. In den Kultureinrichtungen (Ost-) Berlins – soweit wieder benutzbar – fanden Kunstausstellungen, Konzerte, Theateraufführungen statt. Auf Freilichtbühnen in allen Stadtteilen stellten sich Chöre, Instrumental- und Tanzgruppen aus der DDR vor. Die Programme der großen Ensembles aus der UdSSR, Polen, der Tschechoslowakei, China, Indonesien machten vor allem die vielen jungen deutschen Teilnehmer mit ihren Nationalkulturen bekannt. Prominente Kulturschaffende beteiligten sich an den Veranstaltungen, wie die Dichter und Schriftsteller Jorge Amado (Brasilien), Pablo Neruda (Chile), Nazim Hikmet (Türkei), wie die sowjetische Primaballerina Pliszezakaja.

Nachhaltigster Eindruck des Festivals war für mich die Begegnung mit kultureller Vielfalt und Reichtum der Welt. Noch einige Jahre bestanden Briefverbindungen mit Wien und Djakarta. Und Propaganda? Ja, die gab es. Zum Star des Festes wurde Raymonde Dien. Die junge Französin hatte sich an die Schienen gekettet und einen Zug mit Panzern für Indochina auf der Fahrt nach Le Havre gestoppt. Protest gegen den Kolonialkrieg – wie heute gegen die Gefahren von Atom Müll. Der Anlaß war den Einsatz mutiger junger Menschen wert.

ROLF RICHTER

Aus dem Kulturausschuß: Kulturelle Bildung fördern

Von Czeslaw Milosz bis zum Flötenchor

Eberswalde (prest-ew). 3000 Euro hat das Kulturamt für vier Kooperationsprojekte in Sachen »Thematische Kulturförderung« vergeben. Grundlage dafür war der Beschluß des Kulturausschusses der Stadt Eberswalde auf seiner Januarsitzung. Voraussetzung für eine Förderung war die Kooperation einer Einrichtung aus dem Bereich Kita/Schule mit einem freien Träger.

Gefördert werden aus diesen Mitteln: Stefan, »Shortie«, Scheumann (Schauspieler) mit dem Humboldtgynasium: Literatur und Performanceprojekt zum 100. Geburtstag von »Czeslaw Milosz«; Gudrun Sailer (Bildende Künstlerin) mit der Bruno-H.-Bürgel-Schule »Modellprojekt KünstlerInnen in Schulen«; Flötenorchester »con passione« mit der Bruno-H.-Bürgel-Schule »Instrumente machen Spaß«; Musikschule Barnim mit der Bruno-H.-Bürgel-Schule »Elementare Musikbildung«. Damit konnten alle Anträge bewilligt werden, wenn auch nicht in jedem Fall in voller Höhe. Mit

dem Förderschwerpunkt »Kulturelle Bildung«, der die allgemeine Kulturförderung ergänzt, sollen Kinder- und Jugendliche an künstlerische Ausdrucksformen herangeführt werden. Prinzipiell sind damit nicht nur Medien der bürgerlichen Hochkultur (bildende Kunst, Theater, klassische Musik) gemeint, sondern explizit auch jugendkulturelle Formen wie Streetart/Graffiti, Comics und alle Formen der sogenannten Unterhaltungsmusik. »Ausgangspunkt für den Förderschwerpunkt war im November 2010 ein Tag der Kulturellen Bildung, in dessen Rahmen sich freie Träger und Kitas/Schulen erstmal über ihre Arbeit, ihre Projekte und Kooperationsmöglichkeiten austauschen konnten«, erklärt Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher. »Dieser Ansatz wird in diesem Jahr mit einer Wiederholung des Tages der Kulturellen Bildung fortgesetzt. Mit einer stärkeren Vernetzung der Träger ist in den kommenden Jahren zu rechnen und damit auch mit einer Zunahme der Förderanträge.«

Buchtipp:

STEFAN ARLANCH

BürgerInnenrat – Leitbildprozeß in der Perspektive von Gemeinwesenarbeit und Governance

ISBN 978-3-940865-16-8 | 2011 | 176 S. | 22 Euro

Schriftenreihe des europäischen Masterstudiengangs Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie an der Hochschule München

Das Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen hat sich in den westlichen Industriestaaten grundlegend geändert. Staat und Markt haben ihre dominante Rolle als alleinige Steuerungsinstanzen weitgehend eingebüßt. Das Modell der repräsentativen Demokratie erweist sich immer weniger in der Lage, die anstehenden kollektiven Probleme zu lösen. Der Staat wird zu einem Mitakteur in lokalen und regionalen Netzwerken, die Rolle der BürgerInnen wird im Gegenzug aufgewertet. Kollektive Probleme lassen sich nur noch unter Beteiligung der BürgerInnen lösen. Eine vermehrte Einbindung der BürgerInnen und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse nach mehr Teilhabe wird immer wichtiger.

Vor allem der lokale Raum scheint der Bereich zu sein, in dem neue Politikmodelle und partizipative Prozesse erprobt und umgesetzt werden können. Im lokalen Raum lassen sich viel eher Akteure einbinden und mit ihnen Beteiligungsverfahren durchführen und evaluieren.

99. Ausstellung in der Mühle

»Schöner Herbst« und »Knopf trifft Taste 2«

Eberswalde (bbp). Am 20. August, 14.30 Uhr, lädt der Kunstverein Die Mühle e.V. zur Vernissage der Ausstellung »Schöner Herbst« mit Werken von Dr. Waltraud Voigt in sein Domizil in der Zainhammermühle. Die Bilder, Collagen, Fotografien, Holz- und Specksteinarbeiten von Waldtraud Voigt zeigen einen Überblick über zehn Jahre ihres Schaffens im Ruhestand. Die Ausstellung währt bis zum 11. September.

Am Abend des 20. August gibt es um 20 Uhr »Musik und Texte an einem Sommerabend«. Zum zweitenmal heißt es »Knopf trifft Taste«.

Man schließt es in die Arme und man läßt es atmen – das Akkordeon. Eine Seelenverwandtschaft mit Tiefe, die immer wieder aufs Neue überraschen kann. Kaum ein Instrument kann das Leben in so vielen Facetten widerspiegeln, wie das Akkordeon und läßt gleichsam soviel Platz für Fantasie.

Hören Sie Altbekanntes und Neues vom Vater-Sohn Duo Matthias und Johannes Wagner. Durchwoben von Gitarrenklängen und neuen Texten, die erahnen lassen, was sich hinter den sichtbaren Bildern verbirgt. Töne und Worte mit viel Gespür für die Fülle des Lebens und seine kleinen und großen Abgründe. Für seine Höhen und Täler mit all seinen Gründen zu jubeln oder zu Tode betrübt zu sein. Immer jedoch schön und jedenfalls lebenswert.

Die Mühle befindet sich zwischen Forstbotanischem Garten und Tierpark in der Nähe des Krankenhauses, Am Zainhammer 3b, 16225 Eberswalde. Achtung: Ab 24. August ist wegen Straßenbauarbeiten die Anfahrt nur aus Richtung Krankenhaus möglich.

Montag bis Freitag: 13-17 Uhr, Sonnabend und Sonntag: 14.30-18 Uhr oder nach tel. Vereinbarung unter 03334/380021.

Ausschreibung:

18. Fotoschau BAR & MOL

An der Fotoschau können alle Amateur- und Berufsfotografinnen und -fotografen, die in den Landkreisen Barnim und Märkisch Oderland bzw. in den Partnerstädten der Gemeinden wohnen oder tätig sind (ungeachtet ihrer Mitgliedschaft in einem Verband), teilnehmen. Je Autor sind 6 Arbeiten als Aufsichtsbilder (unaufgezogen, ohne Passepartout) zu den Kategorien (Menschen, Landschaft, Natur (Blumen, Tiere), Architektur, Offenes Thema) sowohl schwarzweiß oder farbig als auch digital bearbeitet zugelassen. Die Aufnahmen sollten nicht älter als 2 Jahre sein. Wir empfehlen, nicht mehr als 2 Fotos in einer Kategorie einzureichen.

Bei allen Bildern dürfen die kleinste Seite nicht kleiner als 30 cm und die größte Seite nicht größer als 45 cm sein. Hiervon abweichende Bilder werden der Jury nicht vorgelegt. In der Altersgruppe »Kinder und Jugendliche« (für Teilnehmer unter 18 Jahre - bitte das Alter angeben) darf die kleinste Seite nicht kleiner als 20 cm sein. Die Einsendungen müssen bis zum 30. Oktober 2011 bei Andreas Mroß (Straße des Friedens 7, 16227 Eberswalde, Tel. 03334/354679) eingetroffen sein.

Jede Autorin und jeder Autor hat der Einsendung eine Titelliste beizufügen. Die einzelnen Fotos sind auf der Rückseite am unteren Rand mit dem Namen der Autorin/des Autors, der Anschrift, dem Titel und der Kategorie haltbar zu beschriften. Die Teilnahmegebühr pro Einsender beträgt 5 Euro. Für Mitglieder des Kulturbundes, der GfF, des DVF sowie für Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kategorie »Kinder und Jugendliche« beträgt die Teilnahmegebühr 2,50 Euro. Für die Rücksendung ist das Porto in Form von Briefmarken und eine geeignete Verpackung beizufügen.

Die Jury wird vom Veranstalter berufen und entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges über die Auswahl der Bilder und die Vergabe der Preise. Alle Einsender werden schriftlich über das Ergebnis der Jurytätigkeit informiert.

Die Ausstellung wird am 26.11.2011 um 11 Uhr in der »Kleinen Galerie« im Sparkassenforum in Eberswalde eröffnet. Die Rückgabe der Bilder erfolgt ab 1.3.2012.

Alle Einsendungen werden mit größter Sorgfalt behandelt. Für Verlust oder Beschädigungen der eingesandten Arbeiten wird jedoch keine Haftung übernommen. Rechte abgebildeter Personen dürfen einer Ausstellung nicht im Wege stehen.

Alle Rechte am Bild verbleiben bei der Autorin oder beim Autor. Die Erlaubnis zur unentgeltlichen Veröffentlichung der Arbeiten zum Zwecke der Popularisierung der Ausstellungen gilt mit der Einsendung als erteilt. Mit der Einsendung erkennt die Autorin / der Autor die Bedingungen der vorliegenden Ausschreibung an.

Eberswalder Kulturbund e.V., Fotoklub

Der altenhofer kulturkreis e.V. freut sich bekannt geben zu können:
 Noch unter dem Eindruck des letzten Winters wollen wir unter dem Motto
»... doch liebe keinen von der Eisenbahn!«
 die Ärgernisse des Winters vergessen.

Freitag, 19. August 2011

19 Uhr Ausstellungseröffnung: Malerei von & mit Alf Ator von KNORKATOR
 ab 20.30 Uhr: Weltmusik mit Soname Yangchen und Sonny Thet
 & Liedersession mit Christian Haase

Samstag, 20. August 2011

Alf Ator präsentiert das Liedermacherkonzert mit
 Carmen Orlet & Hugo Dietrich
 Haase & Band
 Dirk Zöllner



Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 - Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 - ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
 Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
 - Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
 - Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)
- Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)



Sommertheater in Bernau:

»Der Revisor«

Nach der Premiere der Kommödie »Der Revisor« von Nikolai Gogol am 17. und einer weiteren Vorstellung am 18. Juni folgen am 19., 20., 21. und 26. August im Kulturhof Bernau (Breitscheidstr. 43) weitere Auftritte der Bernauer FRAKIMA-Werkstatt.

Es geht um ein kleines Städtchen in Rußland, in welchem jede und jeder ein wenig Dreck am Stecken hat. Als sich der Besuch eines Wirtschaftsprüfers – sprich Revisor – ankündigt, macht sich Aufregung breit. Die Bewohner beschließen den Neuankömmling zu bestechen und schmeicheln ihm. Dumm ist nur, daß dieser Mensch gar nicht der echte Revisor ist und seine Lage zunehmend schamlos ausnutzt...

Tickets gibt es per Telefon (03338-5465) oder eMail (frakima@bernau-bei-berlin.de). Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro.

Am 21.08. findet um 15 Uhr eine Familienvorstellung statt. Die anderen Auftritte beginnen jeweils um 19.30 Uhr.

CHRISTIAN REHMER

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (4), Mulemba, Müller, Richter

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 11. August 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 8.9.2011, 12 Uhr.